

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

44 (21.2.1952)

ETTTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Donnerstag, den 21. Februar 1952

Nr. 44

Moskau antwortet Grotewohl

Schritte der anderen drei Mächte erwartet
Berlin (UP). Die sowjetische Regierung hat der Ostzonen-Regierung versichert, sie werde die Pankower Bestrebungen für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages zwischen den vier Großmächten und Deutschland unterstützen. Diese Zusicherung ist in einem Schreiben enthalten, das der sowjetische Botschafter in Ostberlin, Puschkin, dem Pankower Ministerpräsidenten Grotewohl als Antwort auf dessen Schreiben vom 13. Februar an die vier Großmächte mit der Bitte um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages übermittelt.

In dem Schreiben heißt es, in der Erkenntnis, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland für die Festigung des Friedens in Europa die größte Bedeutung habe, werde die Sowjetregierung ihrerseits alles mögliche tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen. Die Sowjetregierung erwarte, daß auch die anderen Großmächte, die Kontrollfunktionen in Deutschland ausüben, entsprechende Schritte unternehmen werden.

Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

Keine Einschränkung der Eigentumsrechte

Hamburg (UP). Das Mitbestimmungsrecht werde deshalb so erbittert bekämpft, weil es den ersten Einbruch der Arbeitnehmer in eine wirtschaftliche Schicht bedeute, die bisher als unverletzlich angesehen wurde, erklärte der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Dr. Agartz, vor dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Die Gewerkschaften hätten nicht im entferntesten die Absicht, Unternehmer zu werden und Betriebe zu leiten. Aber, so fragte er, warum soll innerhalb eines Wirtschaftsbetriebes nicht den Menschen und der menschlichen Arbeitskraft die gleiche Fürsorge im Aufsichtsrat zukommen wie dem toten Kapital? Eine betriebliche Mitbestimmung durch die Gewerkschaftsfunktionäre bedeute keine Einschränkung der Eigentumsrechte. Auch im öffentlichen Dienst sei das sogenannte „Eigentum“ längst durch die Manager der Exekutive neutralisiert. Die Gewerkschaft habe also das Recht, auch hier die Mitbestimmung zu fordern. Endziel der gewerkschaftlichen Bemühungen müsse immer die Umgestaltung der Wirtschaft und die Umwandlung der Gesellschaftsordnung sein.

Kein Abbruch der Beziehungen

Washington (UP). Die US-Regierung brachte ihre feste Absicht zum Ausdruck, die diplomatischen Beziehungen zu den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang weiter aufrechtzuerhalten. Eine andere Handlungsweise werde weder die Tschecoslowakei noch Ungarn wirklich treffen. Zudem bedeute ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen oftmals das Vorspiel zu einem Kriege, weil hiermit zugegeben wird, daß die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens gescheitert seien. Ferner sei die Aufrechterhaltung von Hochposten hinter dem Eisernen Vorhang bedeutungsvoll, um geheime militärische Vorgänge frühzeitig zu erkennen.

SRP-Abgeordneter Richter heißt Rößler

Verhaftung im Bundeshaus - Zahl der Delikte noch nicht zu übersehen

Bonn (UP). Das Vorstandsmitglied der Sozialistischen Reichspartei, Bundestagsabgeordneter Dr. Franz Richter, ist im Bonner Bundeshaus von Kriminalbeamten verhaftet worden. Nach den Feststellungen der Oberstaatsanwaltschaft Bonn ist Richter weder Doktor phil. noch war er jemals Studienrat. Sein richtiger Name laute Fritz Rößler. Nach den bisherigen Ermittlungen soll Rößler alias Richter Gauhauptstellenleiter der NSDAP in Sachen gewesen sein.

Rößler wurde verhaftet, als er ein ihm vorgelegtes Aktenstück mit „Dr. Franz Richter“ unterzeichnete. Die Kriminalpolizei führte Rößler durch ein Fenster des Bundeshauses ab. Zahlreiche Pressefotografen, die vor dem Zimmer der Kriminalpolizei Rößlers Abtransport im Bild festhalten wollten, warteten vergebens. Der Bundestag hob wenige Stunden später auf Antrag des Bundesjustizministers einstimmig die Immunität des Abgeordneten auf und genehmigte die Verhaftung.

Der Verhaftete hat inzwischen ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Immunität, Heinrich Ribbel, gab zuvor dem Plenum den Bericht der Staatsanwaltschaft bekannt. Darin heißt es u. a., daß der Bundestagsabgeordnete Rößler alias Dr. Franz Richter auf Grund des Ergebnisses eines vom Bundeskriminalamt durchgeführten Personenfeststellungsverfahrens unter dem dringenden Verdacht stehe, sich durch ein und dieselbe

Höhere Ausgleichsrenten für Kriegsoffer

Bundestag beschließt Sparmaßnahmen in der Verwaltung - Kohlenversorgung gesichert

Bonn (UP). Die Höhe der monatlichen Einkommens, bis zu dem eine Ausgleichsrente nach dem Bundesversorgungsgesetz gewährt werden soll, wird nach einem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz um durchweg fünf Mark erhöht.

Danach ist die Ausgleichsrente in Zukunft in soweit zu gewähren, als sie zusammen mit dem sonstigen Einkommen folgende Monatsbeträge nicht übersteigt: Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 Prozent, 85 DM; um 60 Prozent, 85 DM; um 70 Prozent, 95 DM; um 80 Prozent, 105 DM; um 90 Prozent, 120 DM und bei Erwerbsunfähigkeit 135 DM.

Der Bundestag verabschiedete ferner ein Gesetz über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für jetzt im Ausland lebende ehemalige Angehörige des öffentlichen Dienstes. Das Plenum ersuchte die Bundesregierung, für diesen Zweck Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Aussprache zu dem Gesetz führte zu einer scharfen Kontroverse zwischen Bundesinnenminister Lehr und dem SPD-Abgeordneten Arndt. Der SPD-Sprecher betonte, daß man die Wiedergutmachung nicht als Zahlungsproblem ansehen dürfe. Es müsse auch die echte Bereitschaft zur Wiedergutmachung vorhanden sein. Minister Lehr warf vor, die antisemitischen Kundgebungen in Freiburg und Göttingen nicht öffentlich bedauert zu haben. Dr. Lehr erwiderte unter Hinweis auf seine bisher gezeigte Haltung gegenüber dem Judentum, daß er bei solcher Vorgängen nicht die Polizeibeihilfe der Länder sprengen könne.

Durch ein Gesetz, das in dritter Lesung verabschiedet wurde, schränkte der Bundestag die Freizügigkeit auf der Insel Helgoland auf fünf Jahre nach der Freigabe ein. Diesem Beschluß muß der Bundesrat noch zustimmen.

Um größte Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zu erreichen, beauftragte das Haus die Bundesregierung, einen Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zu bestellen. Der Präsident des Bundesrechnungshofs soll diese Aufgabe übernehmen.

Ein Antrag der Föderalistischen Union, auch der Minderheit im Bundestag zu ermöglichen, den Bundessparkommissar mit Untersuchungen zu beauftragen, wurde abgelehnt. Ein DP-Antrag, nach dem die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner beschleunigt vorlegen soll, wurde dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiehen.

Ferner verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, nach dem in Zukunft auch Angehörige von Personen, die in der Ostzone festgehalten werden, Unterhaltsbeihilfe erhalten. Die aus der Zeit des totalen Krieges stammenden, dem Arbeitsschutz einschränkenden Bestimmungen werden jetzt aufgehoben. Ein entsprechendes Gesetz wurde angenommen.

In der zweiten Fragesunde, die der Bundestag am Mittwoch abhielt, versicherte Bundeswirtschaftsminister Erhard auf eine entsprechende Frage, daß die Hausbrandversorgung im nächsten Winter besser sein werde als im vergangenen. Bis Ende des Winters 1951/52 würden alle Haushaltungen wie vorgesehen 30 Zentner Kohlen erhalten.

Deutschlandfrage im Vordergrund

Atlantikpakt-Konferenz in Lissabon eröffnet - Schwierige Aufgaben

Lissabon (UP). US-Außenminister Acheson appellierte an die Vertreter der 11 Atlantikpaktstaaten, letzte Hand an die Anteilung einer Streitmacht zu legen, die stark genug sein müsse, um einer sowjetischen Aggression standzuhalten.

Acheson sprach auf der Eröffnungssitzung der 9. NATO-Konferenz. „Der schwierigste Teil unserer Reise“, fügte der amerikanische Außenminister hinzu, „liegt noch vor uns. Wir müssen Maßnahmen in die Wege leiten, die von uns äußerster Anstrengungen verlangen.“ Diese Maßnahmen zu verwirklichen, sei nicht nur Aufgabe des Rates, sondern auch Aufgabe der Regierungen und Völker.

Unter Bezugnahme auf die Londoner Vorbesprechungen stellte Acheson fest, daß dort bereits „die Grundlage für den Erfolg dieser Session“ gelegt worden sei. Die Aufgabe des Rates bestehe darin, die in London gefaßten Entschlüsse in die Tat umzusetzen. Es gehe nicht darum, eine größere Streitmacht aufzubauen, als zum Zwecke der Verteidigung erforderlich sei. Es sei auch nicht an den Aufbau einer militärischen Organisation gedacht, die zu einem Präventivkrieg ins Feld ziehen könnte. Die NATO verfolge nur das einzige Ziel, sich im Ernstfall gegen eine „straffe militärische Autokratie wehren zu können, die von einer Sicherheitspolizei regiert wird“.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nott Acheson, daß es in Lissabon gelingen werde, folgende Ziele zu erreichen:

1. Die Sicherheitsmaßnahmen der „NATO“ auf Deutschland zu erweitern und Deutschland auf diese Weise dieselben Sicherheitsgarantien gegen einen Angriff wie den Mitgliedstaaten der NATO zu geben.

2. Die Grundlagen für die Europa-Armee zu legen und Sachverständige zu beauftragen, den endgültigen Vertragsentwurf auszuarbeiten. Darin soll die indirekte Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie und die Verbindung der deutschen Bundesrepublik mit der NATO festgelegt werden.

3. Die Vorschläge des Harriman-Ausschusses über den Verteidigungsbeitrag der einzelnen Mitgliedstaaten zu billigen.

4. Die NATO-Organisation durch die Errichtung eines ständigen Sekretariats mit einem Generalsekretär und einem ständigen Rat von Außenminister-Stellvertretern an der Spitze, umzubilden. Dieser Rat soll ermächtigt sein, wichtige Entscheidungen zu treffen, ohne die Regierungen in allen Fällen befragen zu müssen.

5. Über einen Terminkalender für die Aufstellung der atlantischen Streitkräfte unter General Eisenhower einig zu werden. Dabei ist vorgesehen, daß zum 1. Juli 1954 nicht 52 — wie früher vorgesehen —, sondern 47 Divisionen aufgestellt sein sollen. Bis Ende des laufenden Jahres sollen 23 kampfbereite Divisionen zur Verfügung stehen.

6. Den Aufbau der Luftstreitkräfte zu beschleunigen.

Zum ersten Mal nehmen an dieser Sitzung auch die Vertreter der neu aufgenommenen Mitgliedstaaten Griechenland und Türkei teil. Der griechische Außenminister Venizelos erklärte, Griechenland und die Türkei hätten vor der Frage gestanden, ob es für sie besser gewesen wäre, dem Nordatlantik-Pakt beizutreten oder sich in einer regionalen Organisation dem Verteidigungssystem des Paktes anzuschließen. Der Beitritt zur „NATO“, der jetzt erfolgt sei, bedeute die weitaus bessere Lösung, da sie eine erhöhte Chance für die Erhaltung des Friedens bedeute.

Zwischen den Delegierten ist es zu Meinungsverschiedenheiten darüber gekommen, ob Paris oder London zum endgültigen Sitz der NATO bestimmt werden soll. Aus maßgebenden Kreisen der „NATO“ verlautet, daß die Chancen zwischen Paris und London ungefähr gleich sind, daß aber die endgültige Entscheidung auf der gegenwärtigen Tagung fallen müsse.

James C. Dunn, der zur Zeit USA-Botschafter in Bonn ist, wurde als Nachfolger von David Bruce zum neuen amerikanischen Botschafter in Paris ernannt.

General Sir Gerard Templar wurde offiziell in sein Amt als britischer Hochkommissar in Malaya eingeführt.

Die Verhandlungen in Pan Mun Jon kamen wiederum nur wenig vorwärts, weil die Kommunisten weiterhin auf der Anerkennung Sowjetrußlands als neutraler Nation bestanden.

Erfolgreiche Privatversicherung

Bundesaufsichtsamt wird in Berlin errichtet

Mit der Ernennung des früheren Senatspräsidenten beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, Dr. Ernst Schmid, zum Präsidenten des neuen Bundesaufsichtsamts für Privatversicherung und Bausparkkassen kommt die Überleitung der Staatsaufsicht über diese beiden wichtigen Wirtschaftsgruppen auf den Bund nunmehr in Gang. Obwohl Privatversicherung wie Bausparkkassen gegen die Errichtung des neuen Bundesaufsichtsamts in Berlin lebhaft, mit der peripheren Verkehrslage dieser Stadt begründete Einwände erhoben hatten, ist mit einer Abänderung des Entschlusses nicht mehr zu rechnen.

Das neue Aufsichtsamt wird in erster Linie die Aufgabe haben, das Tarif- und Finanzgehahren der Privatversicherungen und der Bausparkkassen im Interesse der Versicherungsnehmer zu kontrollieren. In der Lebensversicherung, aber auch in vielen Sparten der Sachversicherung, sind die Versicherungsbedingungen und Prämientarife genehmigungspflichtig. Es soll damit eine letztlich den Versicherungsnehmer schädigende Überanspannung des Wettbewerbs zwischen den einzelnen Gesellschaften abgestellt werden. Über die Berechtigung einer solchen Wettbewerbsregelung werden allerdings z. Zt. für den Geschäftsbereich der Kfz-Versicherung erhebliche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen. Grundsätzlich unbestritten ist jedoch die segensreiche Wirkung der Versicherungsaufsicht hinsichtlich der Vorschriften zur dauernden Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge mittels Haltung bestimmter Reserven und deren Anlage.

Allerdings hat gerade der Staat, besser gesagt die Militärregierung, sich in den vergangenen Jahren selbst ad absurdum geführt, indem er sich durch die Währungsreformgesetzte praktisch jene in Jahrzehnten angesammelten Kapitalwerte aneignete, deren Bestand er durch seine Aufsicht im Interesse der Versicherungsnehmer schützen sollte. Für einen kleinen Teil der in der Währungsreform untergegangenen Versicherungsgelder wurden vorläufig noch wertlose „Ausgleichsforderungen“ gegen die Länder ausgeben, die mit insgesamt 23 Milliarden DM besetzt wurden, davon 1,6 Millionen DM zugunsten der Lebensversicherung. Diese Staatschuld an die Versicherungsgesellschaften wird mit nur 3,5 Prozent verzinst. Wollten die Gesellschaften diese zunächst auf dem Papier stehenden Forderungen etwa zur Verbesserung ihrer Liquidität beilehen lassen, so müssen sie dafür 7 Prozent Zinsen bezahlen. Über die Tilgung der Ausgleichsforderungen ist nichts Endgültiges bekannt. Die Versicherungswirtschaft verlangt jetzt, diese ihre Forderungen an den Staat mit ihren laufenden Steuerverpflichtungen aufrechnen zu dürfen, um so endlich wenigstens über den Rest ihrer durch die Währungsreform dezimierten Vermögen verfügen zu können.

Angesichts dieser Sachlage ist es nicht zu verwundern, daß die private Versicherungswirtschaft im Interesse ihrer Versicherten wie im eigenen Interesse jeden erneuten Versuch des Staates, wiederum Einfluß auf die Versicherungsgelder und ihre Anlage zu gewinnen, mit allem Nachdruck zurückweist. Sie möchte viel lieber dem Weltlich ihrer eigenen Finanzexperten bei der Anlage der ihr anvertrauten Gelder vertrauen, eine Erscheinung, die wir auch im Bereich der Bankwirtschaft wiederfinden, wo man ebenfalls den Begriff der Mühseligkeit neu festgesetzt zu sehen wünscht.

Nach dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft e. V. beträgt das jährliche Prämienaufkommen aller Sparten der Individualversicherung — der Gegensatz zur gesetzlichen Sozialversicherung sei ausdrücklich hier festgestellt — rund 21 Milliarden DM. Diese Prämien werden zum Teil aus etwa 70 Millionen einzelnen Versicherungsverträgen jährlich ein. Aus den 21 Milliarden DM fließen rund die Hälfte, nämlich 12 Milliarden DM, in Form von Schadenseinstellungen an die Versicherungsnehmer zurück. Eine Schadensquote von durchschnittlich 50 Prozent des Prämienaufkommens wird man als einen durchaus günstigen Schadenverlauf bezeichnen dürfen.

Beträchtliche Anteile des Prämieneingangs müssen nun nach kaufmännischer Finanzgebarung wie gemäß den Bestimmungen der Aufsichtsbehörde als Reserven und versicherungstechnische Rückstellungen ausgewiesen und verwaltet werden. Auf Grund dieser Anlagen erweist sich die Versicherungswirtschaft als ein sehr bedeutsamer Faktor am Kapitalmarkt. Sie tritt hier als Kreditgeber, vor allem zugunsten des sozialen Wohnungsbaues, der investitionsbedürftigen Grundstoffindustrie und sonstiger volkswirtschaftlich bedeutsamer Unternehmungen auf. Allein die Lebensversicherung hat z. B. zur Sicherung ihrer Vertragsleistungen seit der Währungsreform über eine Million DM an langfristigen Krediten herausgelegt und damit den noch nicht wieder funktionsfähigen Kapitalmarkt wesentlich gestützt.

Mit allem Nachdruck wendet sich jedoch, wie oben bereits angedeutet, die Versicherungswirtschaft gegen die heute offensichtlich wieder bemerkbar werdende Tendenz der staatlichen Finanzpolitik, die Anlage der Versicherungsgelder amtlich zu „steuern“ und

Ergebnis von London

Adenauer berichtet über Viererkonferenz - Vetorecht der Alliierten über Kriegsgefangenenfrage

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer unterstrich vor der Presse in Bonn noch einmal seine große Befriedigung über die Ergebnisse der Londoner Außenministerkonferenz. Diese Ergebnisse könnten zu einer Gleichberechtigung führen, mit der die Forderungen des Bundestages erfüllt würden.

Der Bundeskanzler hob hervor, daß man sich in London in sehr schwierigen Fragen geeinigt habe und daß bei allen vier Delegationsführern der feste Wille sichtbar geworden sei, unter allen Umständen das große Werk des Friedens fertigzustellen. Wenn die Londoner Konferenz ein Mißerfolg gewesen wäre, dann hätte, so stellte der Kanzler fest, die Lisaboner NATO-Konferenz keinen Zweck mehr gehabt.

Zu der in London beschlossenen gemeinsamen Revisionsinstanz aller vier Staaten für die wegen sogenannter Kriegsverbrechen verurteilten Deutschen sagte der Bundeskanzler, diejenigen Deutschen, die keine Verbrechen begangen hätten, könnten nun die Hoffnung haben, bald einen Straferlaß zu erhalten. Er machte darauf aufmerksam, daß die Mehrheitsbeschlüsse dieser Instanz, in der je ein amerikanischer, englischer und französischer sowie drei deutsche Vertreter arbeiteten, für die drei westlichen Alliierten nicht verbindlich seien. Lediglich bei einstimmigem Beschluß bestehe eine Verpflichtung, die Revision stattzugeben. Im übrigen werde Frankreich mit Deutschland in zweiseitige Verhandlungen über die in Frankreich gefällten Kriegsverbrecher-Urteile eintreten.

Der Bundeskanzler sprach die Hoffnung aus, daß die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung jetzt eine „gewisse Aufgeschlossenheit gegenüber Europa“ vorbereitet haben. Trotz der Erklärungen in der Nationalversammlung glaube er, daß die Stimmung besser sei, wenn das Werk über die Europa-Armee und die Verteidigungsgemeinschaft fertig zur Ratifikation vorläge.

Weiter erklärte Dr. Adenauer mit Nachdruck, daß die Bundesregierung den Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands nicht preisgeben, diese aber auf friedlichem Wege erreichen wolle. Diese Einschätzung habe man offenbar bei der Kritik an den angeblichen territorialen Ansprüchen der Bundesrepublik übersehen. Die Wiedervereinigung sei nur zu erreichen, wenn der Westen stark ist.

Von der Aussprache mit dem französischen Außenminister Schuman über die Saarfrage sagte der Kanzler, er habe nun die Hoffnung, daß zwischen beiden Ländern eine Verständigung möglich sei. In jeder Regelung des Saarproblems müsse aber der Wille der Saarbevölkerung entscheidend sein. Dazu benötige man nicht unbedingt eine Volksabstimmung. Auch der Landtag in Saarbrücken könne darüber befinden, wenn seine Wahl frei und nach demokratischen Grundsätzen erfolgt sei. Der Bundeskanzler betonte abschließend, daß es das Ziel der Bundesregierung, des Bundestages, der USA, Frankreichs, Italiens und der Beneluxländer sei, „ein und denselben Frieden“ zu retten und einen Damm gegen die Bedrohung aus dem Osten aufzurichten.

Die Anteilnahme des englischen Volkes an dem Tod seines Königs hat den Bundeskanzler tief beeindruckt. „Entrückt“ war er von der natürlichen und selbstverständlichen Haltung der jungen englischen Königin. Das englische Volk könne sich freuen, daß eine solche Königin wie Elisabeth II. die Krone trage. Dem Bundeskabinett berichtete Dr. Adenauer in einer Sondersitzung über die Ergebnisse der Londoner Außenministerkonferenz. Vizekanzler Blücher sprach im Auftrag der Kabinettsmitglieder dem Kanzler den Dank und die Anerkennung für die in London geleistete Arbeit aus. An der Sitzung nahmen auch die Vertreter der Fraktionen der Regierungskoalition des Bundestages teil.

Wie aus Kreisen amerikanischer Beamter verlautet, sollen in den Pakt über die Europa-Armee Bestimmungen aufgenommen werden, nach denen Deutschland die Herstellung von Atomwaffen, ferngelenkten Geschossen, schweren Geschützen und verschiedenen anderen Kampfmitteln untersagt ist. Dagegen ist trotz britischer Vorbehalte vorgesehen, den deutschen Schiffbau unbeschränkt zu lassen und ebenso die Herstellung kleinerer Flugzeuge zu erlauben.

Kein Luftfahrtministerium
Es sei nicht beabsichtigt, nach Rückgabe der Verantwortung über die zivile Luftfahrt an die Bundesrepublik ein Ministerium für zivile Luftfahrt einzurichten, gab das Bundesverkehrsministerium bekannt. Die Aufgaben der zivilen Luftfahrt würden, sofern sie auf Grund des Generalvertrages Westdeutschland zugewiesen werden, durch die Abteilung Luftfahrt des Bundeswirtschaftsministeriums wahrgenommen.

SPD: London kein Erfolg des Kanzler

Schumacher: Abstand zwischen Regierung und Opposition größer denn je

Bonn (UP). Das von den Außenministern der drei Westmächte und dem Bundeskanzler nach Beendigung ihrer Londoner Konferenz herausgegebene Kommuniqué werde zu Unrecht als Beweis für einen Erfolg der Verhandlungen des Bundeskanzlers gewertet, stellte der SPD-Parteivorstand fest.

In Wirklichkeit gehe aus dem Kommuniqué klar hervor, daß die von der SPD wiederholt genannten Voraussetzungen für die Möglichkeit, einen deutschen militärischen Beitrag zur Verteidigung Europas zu erwägen, ebenso wenig erfüllt seien wie die Voraussetzungen für den Abschluß eines Vertrages, der an Stelle des Besatzungsrechtes die Gleichberechtigung setzt. Der ausdrückliche Hinweis des Kommuniqués darauf, daß der Vertrag über den deutschen Verteidigungsbeitrag und die Abkommen über die Beziehungen der Westmächte zur Bundesrepublik einen einzigen Komplex bilden werden, bedeute nichts anderes, als daß an der Koppelung von militärischem Beitrag, Generalvertrag und Zusatzabkommen, also an dem von der SPD aufs entschiedenste abgelehnten „Junktim“, festgehalten werden soll.

Aus dem Kommuniqué gehe aber auch hervor, daß nicht einmal die von den Parteien der Regierungskoalition am Ende der Wehrdebatte angenommenen Resolutionen bei den Londoner Verhandlungen positiv berücksichtigt worden seien. Der Wunsch, Deutschland in die NATO aufzunehmen, sei unerfüllt geblieben. Von einer deutschen Gleichberechtigung innerhalb einer europäischen Armee könne deshalb und angesichts der von der französischen Nationalversammlung gebilligten Bedingungen für Deutschlands Teilnahme an dieser Armee keine Rede sein.

Ebensowenig werde es zu einer tatsächlichen Beendigung des Besatzungsregimes kommen. Die Beschränkungen und Kontrollen der deutschen Produktion sollen nicht aufgehoben, sondern nur im Zuge der Regelung und Verteilung der Rüstungsproduktion verlagert werden. Die Forderung auf Freilassung aller nicht einwandfrei verbrochener Handlungen überführter Kriegsgefangener sei unerfüllt geblieben.

Mit besonderem Nachdruck weist der SPD-Vorstand darauf hin, daß die Saarfrage in dem Londoner Kommuniqué mit keinem Wort erwähnt werde. Es sei Sache der Regierungsparteien, nun zu zeigen, ob die von ihnen gestellten Entschlüsse ernst gemeint waren.

In einem Rundfunk-Interview erklärte der erste SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher: „Der Abstand zwischen den Parteien der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition in der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages war niemals größer als heute“. Dr. Schumacher, der sich zur Zeit zur Genesung im Schwarzwald aufhält, kritisierte besonders, daß auf die geforderten Voraussetzungen der SPD für einen Wehrbeitrag weder die Träger der amtlichen deutschen Außenpolitik noch die Regierungsparteien eingegangen seien.

Zu dem vom Bundestag im Anschluß an die Wehrdebatte gebilligten Resolutionen meinte der SPD-Vorsitzende, man könne

jetzt nicht nachträglich „nach so langen voraussetzungslosen und die deutsche Sache schädigenden Verhandlungen“, mit den Alliierten einige Dinge als Voraussetzungen bezeichnen, so sehr ihre sachliche Erfüllung zu wünschen sei. Nur das rechtzeitige Eingehen auf die sozialdemokratischen Bedingungen hätte eine Konzentration der nationalen Kräfte auf eine Konzeption ermöglicht, die sich zu Gunsten Europas ausgewirkt und damit die Sowjetzone und Berlin geschützt hätte.

Die Entschleßung des bayerischen Gewerkschaftsbundes gegen einen deutschen Wehrbeitrag sei als die Reaktion auf das ganze System der Regierungspolitik und der

„Die Deutschen haben Faruk gerettet“

Geheimnisvolle „Aktion der Kreuze“ - Amr Pascha fliegt zurück

Kairo (E.B.). Nach Informationen aus gut unterrichteten Kreisen steht nunmehr einwandfrei fest, daß die Zwischenfälle vom 26. Jan. in Kairo und Alexandria einen effektiven revolutionären Charakter hatten. Die ägyptische Geheimpolizei machte in den letzten Tagen sehr wichtige Beobachtungen, die auf ein absinkendes Vertrauen der armen Bevölkerungskreise zu Faruk schließen lassen.

Die Untersuchungen der Geheimpolizei haben ergeben, daß in den Häusern der armen Bevölkerung fast überall die Bilder Faruks und seiner Gattin von den Wänden verschwunden sind. Ein Sorgenkind der ägyptischen Polizei ist zur Zeit auch die sogenannte „Aktion der Kreuze“. Das geheimnisvolle kleine Zeichen, ein kleines weißes Kreuz, dem ein kleiner weißer Kreis anhängt, ist in den letzten Tagen wieder teilweise sogar in Leuchtfarbe angebracht — auf zahlreichen Häuserwänden aufgetaucht. Dieses Kreuz gilt als Vernichtungssymbol, so daß die Personen, deren Häuser mit diesem Zeichen markiert sind, mit entsprechenden Übergriffen im Falle einer Wiederholung utschähnlicher Vorgänge zu rechnen haben.

Was die Überwindung der letzten Unruhen betrifft, so sagt man heute in Kairo: König Faruk ist nur durch Einsatz seiner Armee gerettet worden. Diese Armee wurde aber in den letzten zwei Jahren weitgehend durch Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht, insbesondere des Afrika-Korps, aufgefrischt und reformiert. Ohne diese Reformarbeit wäre die ägyptische Armee unter den herrschenden Umständen nicht einsatzfähig geblieben. „Faruk wurde also durch die Deutschen gerettet“.

Der gegenwärtig rasch vorangetriebene Aufbau einer ägyptischen Rüstungsindustrie liegt — so wird von unterrichteter Seite versichert — in Händen jenes L. Voß, der früher die Skoda-Werke in der Tschechoslowakei im Auftrag der Nazi-Regierung umorganisierte. Die ägyptische Waffenindustrie mit schwedischen und deutschen Maschinen und mit schwedischen und deutschen Spezialisten wurde spätestens im Jahre 1953/54 in der Lage sein, den gesamten Nahen Osten mit Waffen zu versorgen.

Regierungsweise zu verstehen, meinte der Oppositionsführer. Im übrigen habe die Presse die Entschleßung wohl etwas zu einseitig ausgelegt. Die Delegierten hätten sich einmütig dagegen verwahrt, daß einzelne Vorstandsmitglieder des DGB einseitig für den Standpunkt der Bundesregierung Stellung genommen haben.

Das Schreiben der Ostzonenregierung an die vier Besatzungsmächte mit der Forderung nach Abschluß eines baldigen Friedensvertrages sei durch die kurzsichtige Politik der Bundesregierung ausgelöst worden. Die Bonner Regierung hätte mit derselben Intensität die Sache der deutschen Einheit behandeln sollen, mit der sie die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages vorangetrieben habe. Schumacher erneuerte die Forderung der SPD nach Bundestagsneuwahlen.

Zuviel Rüstungsausgaben für England

Erwartungen können nicht erfüllt werden
London (UP). Premierminister Churchill gab in der ersten Unterhausansatzung seit dem Tode des Königs bekannt, daß das britische Rüstungsprogramm in diesem Jahre um fast 10 Prozent hinter den Erwartungen zurückgeblieben werde. Damit stehe fest, daß das Aufrüstungsprogramm nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im Verlauf von drei Jahren abgewickelt werden könne.

Das Programm war noch von der Labour-Regierung Ende 1950 begonnen worden. Insgesamt sollten in den drei Jahren seiner Laufzeit 4,7 Milliarden Pfund Sterling für die britische Rüstung ausgegeben werden. Das ist eine Rekordsumme, die nur noch hinter dem amerikanischen Verteidigungsbudget zurückbleibt. Schon damals war es auf die heftigste Opposition des Labourabgeordneten Bevan gestoßen, der durch die Rüstungsausgaben sein Sozialprogramm gefährdet sah, eine Befürchtung, die sich später als begründet herausstellte.

Die Regierung wird am Donnerstag ein Weißbuch zur Aufrüstung vorlegen, und Premier Churchill verspricht, sich in eine ausführliche Debatte über das Verteidigungsproblem einzulassen. Bevan ist heute innerhalb seiner Partei stärker denn je, so daß man mit einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition rechnen kann.

Erbitterter Kampf um Hoa Binh

Verräter in den französischen Reihen

Saigon (UP). In der Nähe des festen Postens von Hoa Binh an der indochinesischen Kolonialstraße kam es nach einem offiziellen Kommuniqué der französischen Streitkräfte am Dienstag zu einem scharfen Gefecht zwischen Vietminh-Rebellen und vietnamesischen Streitkräften. Zu gleicher Zeit stießen vietnamesische motorisierte Truppen 80 km südöstlich von Hanoi ebenfalls auf starke Rebellenheiten. Die Hauptnachschublinie der indochinesischen Rebellen aus China soll nach Mitteilung des französischen Hauptquartiers durch einen Bombenangriff zerstört worden sein. Über diesen Nachschubweg, der von Hanoi zur chinesischen Grenze führt, würden hauptsächlich die im Delta des Roten Flusses stehenden Rebellenkräfte versorgt.

Eine Elite-Kommandoeinheit der Franzosen und Vietnamesen wurde durch Verrat eines Soldaten fast bis auf den letzten Mann niedergemacht. Der Führer der Einheit, ein französischer Leutnant, wurde von einem seiner eigenen Soldaten erschossen, wie die wenigen Überlebenden berichteten. Der Verräter war ein früherer Aufständischer, der bei den Franzosen höchstes Vertrauen genoß. Ein ähnlicher Fall spielte sich Wochen vorher ab, als ein französischer Offizier, ebenfalls von Männern aus seinen eigenen Reihen, erschossen wurde.

„Die Deutschen haben Faruk gerettet“

Der ägyptische Ministerpräsident Maher Pascha hat den ägyptischen Botschafter in London, Amr Pascha, nach Kairo zurückgerufen. Amr Pascha wird voraussichtlich am Donnerstag in Kairo eintreffen.

Hoffnung auf Einigung mit Weltbank

Die Verhandlungen gehen weiter

Teheran (UP). Die Besprechungen zwischen iranischen Beamten und Vertretern der Weltbank um eine Lösung der Ölkrise sind beendet. Die Leiter der beiden Delegationen unterzeichneten ein gemeinsames Kommuniqué, das nur fünf Zeilen lang und in optimistischem Ton abgefaßt ist. In dem Kommuniqué wird zum Ausdruck gebracht, daß die Besprechungen nicht zusammengebrochen seien und in naher Zukunft wieder aufgenommen werden sollten. „In verschiedenen Punkten sei Übereinstimmung erzielt“. In einigen weiteren Streitfragen „Klarheit erreicht“ worden. Der Delegationsleiter, Weltbank-Vizepräsident Robert Garner, wolle von London aus weitere Schritte zur Klärung des Ölkonfliktes unternehmen.

Zwei Mitglieder der aus insgesamt vier Personen bestehenden Weltbank-Delegation haben Teheran wieder verlassen. Die beiden anderen Delegationsmitglieder werden in Teheran mit Vertretern der Regierung Mosadeg weiter verhandeln.

Sprengstoffanschläge in Tunis

Tunis (UP). Anti-französische Extremisten führten zwei Sprengstoffanschläge in der Stadt Sousse etwa 160 km südlich von Tunis durch. Eine Sprengladung explodierte vor dem Gebäude der Bank von Algerien, eine Granate im Haus eines tunesischen Majors. Niemand wurde verletzt.

Ein hoher asiatischer Diplomat sagte, daß Pakistan den UN-Sicherheitsrat auffordern will, im frühen März die arabisch-asiatischen Beschwerden gegen die Haltung Frankreichs im Tunis-Konflikt zu behandeln. Der Konflikt wird als eine Bedrohung der internationalen Sicherheit bezeichnet. Die asiatischen Länder unterstützen die tunesischen Forderungen.

wesentliche Teile auf ihre eigenen Mähen zu leiten. Diese Tendenz wird um so nachdrücklicher zu befürchten sein, als die bisherigen Versuche des Bundesfinanzministers, langfristige Mittel z. B. über die Ausgabe von Baby-Bonds zu gewinnen, sich bislang als nicht sehr erfolgreich erwiesen haben. Dazu kommt, daß im Zuge einer etwaigen Wiederaufrüstung die Finanzen des Bundes weiterhin sehr beansprucht werden müssen, daß also sein Interesse daran wachsen wird, größere Posten von Geldern der Wirtschaft auf seine Anleihen zu ziehen. Dr. R

Mysteriöser Leichenfund im Schnee

Frankfurt (UP). Beamte der amerikanischen CID arbeiten seit 24 Stunden an der Aufklärung eines mysteriösen Leichenfundes im Regierungsbezirk Darmstadt. Hier waren ein amerikanischer Soldat und ein deutsches Mädchen in spärlicher Kleidung tot unter einer Schneedecke gefunden worden. Der amerikanische Soldat wurde inzwischen als ein Angehöriger der 4. US-Division, das Mädchen als eine 22 Jahre alte Frankfurterin identifiziert. Eine Obduktion ergab, daß der Tod durch Einatmen von Kohlendioxid eingetreten sein muß. Kohlenoxydgas kommt nur in geschlossenen Räumen vor, nicht aber im Walde oder an der frischen Luft. Es wird daher angenommen, daß die beiden erst nach Eintritt des Todes an den Fundort im Walde gebracht worden waren. Die Toten trugen keine Personalpapiere oder Wertsachen mehr bei sich.

Rasende Fahrt ohne Führer

Wuppertal (UP). Während sich die Arbeiter einer Straßenbahn-Reparaturwerkstatt das Frühstück servieren ließen, setzte sich plötzlich ein Straßenbahnwagen, an dem sie arbeiteten, in Bewegung, durchbrach das Tor der Werkhalle und raste schließlich im 40-Kilometer-Tempo durch eine der verkehrsreichsten Straßen im Herzen der Stadt. Mit einem Kraftwagen wurde sofort die Verfolgung des Ausreißers aufgenommen, aber der Versuch, vom Kraftwagen auf die rasende Bahn überzuspringen, mißlang, da sich die Handgriffe an der Innenseite des Wagens befanden. Der Verkehrsposten an einer belebten Straßenkreuzung konnte durch geistesgegenwärtiges Handeln eine Katastrophe vermeiden. Er hatte eben die Fahrtrichtung, aus der der Straßenbahnwagen ankam, gesperrt, sah dann aber den führerlosen Wagen anrasen und sorgte sogleich für „freie Durchfahrt“. Mit unvermindertem Tempo fuhr der Wagen weiter. Er kam erst zum Halten, als das Stromnetz abgeschaltet worden war.

6000 Volkswagensparer betrogen

Braunschweig (UP). Wegen fortgesetzten Betrugs an ehemaligen Volkswagensparern und unlauteren Wettbewerbs verurteilte das Schöffengericht Fallersleben den Ingenieur Arnd Richter aus Pfronten-Ried (Allgäu) zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung der sechsmonatigen Untersuchungshaft. Von 1949 bis 1951 hatte Richter rund 3000 ehemalige Volkswagensparer gewonnen, denen er versprochen hatte, daß sie durch die von ihm gegründete „Arbeitsgemeinschaft Richter“ und später „Reichswerke Wolfsburg“ zu ihren Wagen kommen würden. Für die eingezahlten Beträge erhielten die Einsender sogenannte Dollar-Mark-Zertifikate im Werte von fünf DM. Insgesamt hat Richter in den zwei Jahren 17 000 DM erhalten, die er für sich verbrauchte.

Großer Spionagefall in Schweden

Stockholm (UP). Gegen den früheren schwedischen Kommunisten und Journalisten den 33jährigen Johan Fritjof Enbom, wurde ein ordentlicher Haftbefehl erlassen, nachdem er schon am vergangenen Freitag von der Spionageabwehr festgenommen worden war. Er wird wegen Spionage für eine ausländische Macht vor Gericht gestellt werden. Nach der Ermittlung der Abwehr hat er sich zehn Jahre lang im strategisch bedeutsamen Nordschweden als kommunistischer Agent betätigt. Die Verhandlung wird wahrscheinlich nicht vor einigen Wochen stattfinden, da der Fall sehr kompliziert erscheint und die Ermittlungen der Sicherheitspolizei noch nicht abgeschlossen sind.

Flugzeug auf Gletscher gelandet

Zürich (UP). Ein leichtes schweizerisches Wetterflugzeug, das seit Dienstag mit vier Mann Besatzung an Bord vermißt wird, wurde jetzt auf dem über 3500 Meter hohen Galmihorn, das sich über der Ortschaft Rekingen bei Münster im Rhonetal erhebt, gesichtet. Das Flugzeug schien intakt zu sein. Lebenszeichen wurden nicht ausgemacht. Eine aufgebrochene Rettungskolonnen wird den Gletscher nicht vor Donnerstag erreichen. Die Maschine hatte kaum Lebensmittel an Bord, und die Temperaturen liegen dort oben schätzungsweise 35 Grad unter Null. Die Flugplatzbehörden von Sion zweifeln daher, daß für die Rettung große Aussicht besteht.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Willy Knothe ist in Bonn an einem Herzschlag gestorben. Knothe war Abgeordneter des hessischen Wahlkreises Friedberg-Büdingen. Sein Tod macht Nachwahlen erforderlich.

Gegen die Spesenverordnung des Bundesfinanzministeriums hat der „Bund der Steuerzahler“ eine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

84 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus Jugoslawien sind in Bayern eingetroffen. Wie amtlich bekanntgegeben wurde, ist dies der letzte geschlossene Heimkehrertransport aus Jugoslawien.

In den USA sollen, wie der Direktor des Frankfurter Amerika-Hauses, Tuch, bekanntgab, in Kürze Deutschland-Häuser eingerichtet werden.

Zu einem Zwischenfall kam es wiederum vor der dalmatischen Küste, als jugoslawische Marine-Einheiten ein italienisches Fischerboot beschlagnahmten.

Aus der Stadt Ettlingen

Das geht uns alle an
In öffentlicher Aussprache
soll am Freitagabend vor der Gemeinderats-
sitzung die Frage geklärt werden, ob Ettlin-
gen noch vier Jahrmärkte braucht oder ob
nur einmal im Jahr die auswärtigen Händler
zugelassen werden sollen. Alle Einwohner
sind zur Teilnahme an dieser Gemeindeaus-
sprache eingeladen.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landes-
bezirk Württemberg-Baden, hat zu aktuellen
Fragen des Arbeitsrechts und der Sozialpoli-
tik Stellung genommen.
Mit Bedauern wurde erneut festgestellt,
daß bis heute noch keine Wahlordnung für
die Wahlen zu den Organen der Sozialver-
sicherung vorliegt. Es ist wirklich kein un-
billiges Verlangen, daß heute, sieben Jahre
nach dem Zusammenbruch, endlich die Vor-
aussetzungen für die Wiederherstellung der
Selbstverwaltung in der Sozialversicherung
verwirklicht werden sollen.
Es ist vorgesehen, innerhalb kürzester Zeit
eine Arbeitstagung des Landesbezirksaus-
schusses in Verbindung mit den Leitern der
Kreis- und Ortsausschüsse durchzuführen.
Dort wird zu aktuellen Fragen des Arbeits-
und Sozialrechts sowie auch zu gewerkschafts-
politischen Fragen Stellung genommen werden.

Der Narrenbrunnen

die höchst originelle Fastnachtszeitung für
Ettlingen und das Albtal, ist am kommenden
Fastnachtsamstag im Straßenverkauf, der alle
Haushaltungen aufsucht, und in folgenden
Geschäften zu erhalten: Zigarren-Stöhrer,
Kronenstraße, Bekir, Badenertorstraße, F. X.
Lechner, Leopoldstraße, und Kiosk Rühm,
Stadtbahnhof, sowie Kiosk Kern am Sport-
platz. Preis 30 Pfennig. Hochaktuell, mit allen
Pikanterien gewürzt, lesen Sie die letzten
365 Tage in humorvoller Form, ohne irgend
jemand trotz ausgelassener Laune zu ver-
letzen. Unter den vielen Einsendungen konn-
ten einige Beiträge aus diversen Gründen
nicht berücksichtigt werden, doch eins ist
hundertprozentig: die Fastnachtszeitung „Der
Narrenbrunnen“ wird tausendfach Freude und
Stimmung bringen.



Kunst und Künstler in Frankreich
Tonfilm-Abend

- 1. Vincent van Gogh - 2. Rodin
3. Evangelium in Stein. Eine Verfilmung des
Lebens Christi unter Verwendung der Stau-
den an den Toren französischer Kathed-
ralen.
4. Ballett der „Santons“. Getanzt vom Ballett
der Pariser Großen Oper.
5. Bekanntgabe des Reiseprogramms der Stu-
dienfahrt nach Paris an Pfingsten 1952.
Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, Aula
Eintritt frei!

Vincent van Gogh

Zu dem Film-Abend der VHS am Freitag,
22. Februar, in der Aula

Nuenen

Dezember 1883 - Kälte liegt über dem
weiten Meer.

Am Ende der Straße, in dem kleinen holl-
ländischen Dorf Nuenen, drängen sich einige
armelige Häuser frierend aneinander.

Ein Mann klopft an die Tür des väterlichen
Pfarrhauses.

Vincent Van Gogh, der Sohn des Pastors
von Nuenen, Theodor van Gogh, kehrt heim.

Er war Pfarramtskandidat, aber er predigte
schlecht. Die Heftigkeit seines Glaubens er-
schreckte die Kirchgänger. Als er nach einem
anderen Ausdruck seiner Menschenliebe sucht,
entdeckt er den Maler in sich.

Aber bald wird er es müde, dieses traurige
schweigsame Land zu malen.

Paris und Provence

Paris nimmt ihn auf. Eine Riesenstadt, er-
füllt von Hoffnungen und Versprechungen,
wo er seiner brennenden Neugierde freien
Lauf lassen kann. Eine kleine Behausung in
der Rue Victor Massé.

An manchen einsamen Abenden fühlte er
wie der Egoismus der Großstadt ihn bedrückt.

So wie er einst die holländischen Moore
verlassen hat, verläßt er nun auch den grauen
Himmel von Paris. Er geht der Sonne nach.

Die Sonne strahlt. Die Blumen bieten sich
ihm zum Pfücken dar. Das ist die Provence, -
das Ziel seiner Reise.

Jäh fühlt van Gogh eines Tages, wie ihm
die Erscheinungswelt entgleitet. In einem An-
fall von Wahnsinn schneidet sich van Gogh
ein Ohr ab.

Die Tore der Irrenanstalt von Saint Rémy
schließen sich hinter ihm.

Die Ärzte erklären, daß van Goghs Zustand
sich bessere. Er wird aus der Anstalt entlas-
sen. Er geht davon. - Die strahlende Natur
trifft sein geblendetes Auge. Er muß malen,
malen, malen...

Als Sieger, auf dem Gipfel seiner Kunst an-
gelangt, hält van Gogh inne, der Schwindel
ergreift ihn.

Auvers

Am Ende seiner Kraft zieht sich van Gogh
nach Auvers/Oise, in die Ile de France zu-
rück. Hier findet er dieselben strohbedeckten
Häuser wie in seinem Heimatdorf. Aber von
nun an brennt in ihm ein Feuer, das sein
ganzes Wesen aufzehrt.

In der Gewißheit seines kommenden Ruh-
mes, jedoch zu jung, um ihn noch zu erleben,
schließt sich van Gogh am 27. Juli 1890 auf
einem Feld vor seiner Staffelei eine Kugel
ins Herz.

Gemeindeverfammlng das oberfte Organ

Bürgermeister Rimmelpacher berichtete über die Selbstverwaltung in der Schweiz

Vor einer sehr aufmerksamen Zuhörer-
schaft, die leider die Aula nicht füllte, berich-
tete am Mittwoch Bürgermeister und MdL
Rimmelpacher über die Selbstverwaltung in
der Schweiz. Da unsere Gemeindeverfassung
genau denselben Ursprung hat wie in der
Schweiz, können wir bei einem Vergleich sehr
viel für uns Brauchbares lernen und deshalb
ist es sehr zu begrüßen, daß unser Stadtob-
erhaupt die schweizerischen Einrichtungen so
klar erläutert. Die Landgemeinden gehen dort
wie bei uns auf alemannisches Recht, die
Städte auf fränkisches Recht zurück. Aus
Schutzverbänden wurden die Gemeinden all-
mählich zu Gebietskörperschaften. Der Kan-
tonshauptort Schwyz mit 10000 Einwohnern
nennt sich heute noch mit Stolz „Landge-
meinde“, um die Verbundenheit mit der gan-
zen Landschaft zu bekräftigen, deren politi-
sche Einrichtungen sich seit vielen Jahrhun-
derten bewährt haben. Gegenüber den Ge-
walten der Natur sind alle Einwohner von
altersher auf Nachbarschaftshilfe angewiesen
und alle fühlen sich dadurch gleich. Die Vieh-
besitzer bildeten z. B. sehr früh die „Ober-
allmeinkorporationen“, die über Weidenutzung,
Wege usw. bindende Beschlüsse faßten. Aus
solchen Zusammenschlüssen entwickelten sich
die gesetzgebenden Körperschaften, in man-
chen Kantonen „Landgemeinden“ genannt,
über die in der EZ schon berichtet wurde.
Die Bürger geben sich selbst die Gesetze, be-
freiten sich also in der Schweiz wirksamer
als bei uns von der Obrigkeit der Grundher-
ren. Freilich spielten sich auch manche Ge-
meinden gegenüber schwächeren Nachbarge-
meinden manchmal so herrschsüchtig wie
Feudalherren auf, aber im Lauf der Ge-
schichten wurde die Gleichberechtigung wie-
derhergestellt. Die Teil-Sage ist ein Spiegel-
bild der alten Gemeindefreiheiten, zu denen
auch die Gerichtsbarkeit gehört. Der Staat
baut sich auf den freien Gemeinden auf und
greift deshalb viel weniger ein als bei uns.
Das oberste Organ einer Gemeinde ist die
Gemeindeversammlung, die aus sämtlichen
Stimmbürgern besteht. Die Tagesordnung mit
Begründungen wird eine Woche vorher allen
Bürgern gedruckt zugestellt. Alle Gemeinde-
und Staatsbehörden werden von den Bürgern
gewählt. Die gewählten Ehrenbeamten geben
die Richtlinien, für deren Durchführung die
Gemeindeangestellten zu sorgen haben. Die
Gemeinde Schwyz mit 10000 Einwohnern hat
nur 11 Angestellte, alles andere wird ehren-
amtlich erledigt. Dadurch sind fast sämtliche
Bürger im Lauf ihres Lebens Amtsträger und
erhalten Einblick in alle Fragen, über die sie

abzustimmen haben. Niemand darf die An-
nahme eines Amtes ablehnen. Die Beschlüsse
einer Verwaltung werden stets kollegial ge-
faßt, so daß niemals ein einzelner diktator-
ische Gewalt erhält. In manchen Gemeinde-
versammlungen wird das, was die Mehrheit
beschlossen hat, zum Schluß von allen be-
schworen, also auch von denen, die dagegen
gestimmt haben. Das ist echte Demokratie,
die wir leider noch nicht erreicht haben, aber
genau so wie die Schweiz anstreben müssen,
damit unsere Politik gesundet. Durch jähr-
liche Wahlen unterwerfen sich alle dem
Volksurteil, meist erfolgt freilich eine Wieder-
wahl.

Sehr wichtig ist in der Schweiz die Finanz-
höhe der Gemeinden, die etwa das 1,5fache
der kantonalen Einkommensteuer für den Ge-
meindebedarf direkt erheben und nicht auf
staatliche Finanzausweisungen angewiesen sind.
Dadurch ist jeder Einwohner am Gemeindeg-
schehen interessiert, was bei uns seit der
zentralistischen Erbsbergerischen Steuerreform
(die wohl eine Folge von Versailles war) lei-
der nicht mehr der Fall ist. In der Schweiz
setzen deshalb die Gemeinden ihren Stolz ein,
gute Schulen zu haben. Vorbildlich sind auch
die Kindergärten und Bürgermeister Rimmels-
pacher meinte mit Recht, daß Ettlingen sich
etwas Entsprechendes schaffen sollte.

So war dieses zweistündige Referat, für das
Hauptlehrer Emig als Leiter der VHS dem
Bürgermeister dankte, eine gerade im Hin-
blick auf die Wahlen sehr bedeutsame Ein-
führung in das Wesen echter Demokratie.
Freilich wird unsere Bürgerschaft, deren Vor-
fahren jahrhundertlang fast dieselben Selbst-
verwaltungsbrüche hatten wie die Schweiz,
nicht allein durch Vorträge auf den richtigen
Weg zu führen sein. Noch wichtiger sind also
praktische Erprobungen solcher politischen
Formen, z. B. die öffentliche Aussprache bei
der Gemeinderatsitzung am Freitagabend.
Als Sitz der Selbstverwaltungsschule kann
Ettlingen mit gutem Beispiel vorgehen und
auch schon vor Erlaß einer neuen Gemeinde-
ordnung des Südweststaats die Durchfüh-
rung beschlußberechtigter Gemeindeversammlun-
gen, die Wahl von Gemeindebeamten und
Kommissionen durch die Gesamtheit zu er-
proben. Der schönste Erfolg des Vortrags von
Bürgermeister Rimmelpacher wäre es, wenn
Ettlingen sich recht bald eigene Gesetze für
solche demokratischen Einrichtungen gibt. Die
vor kurzem erweiterte überparteiliche Bür-
gerversammlung sollte darin ihre vornehmste
Aufgabe sehen.

Die Meinung des Lesers:

Wo sind die Eltern?

Wie sehr wird ein Kind in den ersten
Lebensjahren umsorgt, ja sogar verpöppelt.
Im schulpflichtigen Alter überläßt man diese
Sorge den Lehrern und andern Erziehern.
Wie sehr das der Fall ist, beweisen die
Elternabende in der Mädchenschule. Wenn
Lehrerinnen und Lehrer ihre abendliche Frei-
zeit opfern, um die Eltern kennenzulernen
und über die Nöte ihrer Kinder zu sprechen,
dann finden es die Eltern noch nicht einmal
für notwendig, diese Aussprache in Anspruch
zu nehmen. Liegt ihnen am Wohl und Fort-
kommen ihrer Kinder so wenig oder ist Fast-
nacht oder Kino wichtiger?

Es ist doch tief bedauerlich, daß z. B. von
der 4. Klasse mit fast 120 Mädchen nur 13
Mütter und 2 Väter es für notwendig halten,
einmal im Jahr eine solche wichtige Aus-
sprache zu besuchen.

Bei einer solchen Interessenlosigkeit muß
selbst der idealste Lehrer den Mut verlieren,
eine Harmonie zwischen Elternhaus und
Schule, die doch so wichtig auch für unsere
Mädchen ist, herbeizuführen.

Es wird nur immer geredet und geschimpft
über die Verwahrlosung unserer Jugend. Wie
aber soll es besser werden, wenn sich nicht
einmal die Eltern um ihre Kinder küm-
mern.

Für die anwesenden Eltern möchte ich an
dieser Stelle den Lehrerinnen und Lehrern
herzlich danken, daß sie sich nicht entnüt-
zen lassen und uns mit den zwei Märchen-
filmen und dem interessanten Lehrfilm „Durch
den Spreewald“ den Schulbetrieb mit Film-
stunden usw. von heute zeigten. Fr. H. G.

Warum auswärtige Bediensteten?

Man muß in letzter Zeit feststellen, daß
von Karlsruhe Bediensteten nach Ettlingen
bestellt werden (Studentinnen). Gibt es in
Ettlingen keine armen Leute, die zum Teil
schon 20 Jahre bedienen? Zum Beispiel Wit-
wen, Frauen, bei denen die Familie mit 80
bis 90 DM im Monat auskommen soll.

Die Ettlinger lassen das verdiente Geld,
bei der Ettlinger Geschäftswelt, während von
den Karlsruhe kein Pfennig in Ettlingen
bleibt. Hat es in den hiesigen Vereinen keine
Geschäftsleute, die das einsehen? K. Sch.

Ull 5 unter Verdacht

Es wäre falsch, wollte man jeden Kriminal-
film als schlechten Film verurteilen, nur weil
diese Art Stücke einen bestimmten Besucher-
kreis interessiert. Besonders die Originalität
von „5 unter Verdacht“ sollte man würdigen,
denn gerade Kriminalfilme neigen leicht da-
zu, als aufgefärbte Abziehbilder wieder zu
erscheinen. Mit seiner Spannung, die nicht
von billigen Effekten genährt wird, ragt das
Stück etwas über die alltäglichen Kriminal-
filme hinaus, wobei aber gesagt werden muß,
daß wir während der letzten Jahre auch schon
Besseres auf diesem Gebiet sahen. Dieser
Film, in dem Hans Nielsen, Friedr. Schoen-
felder, Dorothea Wiek und Ina Halley die
Hauptrollen spielen, läuft nur noch heute in
den Union-Lichtspielen.

Bereins-Nachrichten

Frauen von Ettlingen: Heute abend 20 Uhr
im Elisabethenhaus Vortrag: „Die christliche
Frau im öffentlichen Leben.“

Gewerbeverein - Gruppe Handel

lädt zu einer wichtigen Besprechung am Don-
nerstag, 21. Febr., um 20 Uhr 30 im Gasthaus
zum „Badischen Hof“.

Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas
hält heute Donnerstag, 20 Uhr, einen freien
Ausspracheabend im Nebenzimmer des Gas-
thauses zum „Engel“ ab.

Tierschutzverein ETTINGEN

Verschiedene Begebenheiten in der letzten
Zeit veranlassen uns, folgendes bekannt zu
geben: Nach dem Tierschutzgesetz ist es ver-
boten und wird bei Fahndung schwer bestraft,
gegen Katzen Gift zu legen. Drei junge Kat-
zen in der Luisenstraße wurden vergiftet und
starben trotz ärztlicher Hilfe einen qualvollen
Tod. - Auch kommt es vor, daß Fallen
aufgestellt werden, und anstatt Ratten, sich
Katzen dabei bis zur Verunstümung verlet-
zen. - In Hinkunft wird nach solchen Perso-
nen gefahndet, die in tierquälerischer Absicht
handeln.

Hunde dürfen nicht totgeschlagen werden,
sondern sie müssen falls es notwendig wird,
erschossen werden (Tierheim u. Schlachthof).

Für Kettenhunde, die sich nur sehr wenig
im Freien ergehen dürfen, ist besonders Sorge
zu tragen. Die Hütte muß so beschaffen sein,
daß das Tier vor Kälte und Nässe ge-
schützt ist.

Katzenhalter werden gebeten, der Mütter-
katze möglichst nur ein Junges zu belassen,
da die Tiere ja mehrere Male des Jahres
Junge werfen und diese nicht immer gute
Pflegestellen erhalten. Sp.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 18./19. 2.
Preise: Ochsen A 105-114, B 92-102; Bullen
A 106-113, B bis 104; Färsen A 105-115, B bis 106;
Kühe A 85-96, B 73-83, C 63-72, D bis 60; Kalber
A 135-140, B 125-132, C 106-112, D bis 92; Lämmer
und Hammel 75-82, Schafe 55-70; Schweine A
123-128, B 123-128, B2 und C 123-129, D 123
bis 124, E 115-125, F 95-110, G 110-119, G2 bis
118. - Auftrieb: Rinder 257, Kalber 205, Ham-
mel und Schafe 47, Schweine 589. - Marktver-
lauf: Rinder belebt, geräumt. Kalber langsam,
ausverkauft. Schweine schleppend, geringer Über-
stand.

Wettervorhersage

Am Donnerstag stark bewölkt und zeit-
weise leichter Niederschlag, teilweise als
Sprühen. Tagestemperaturen in tieferen
Lagen bis auf fünf Grad ansteigend. Freitag
leichte Wetterbesserung und nur geringe
Niederschlagsneigung, langsam weitere Mil-
derung.
Thermometerstand (heute früh 8 Uh-): +2°
Barometerstand: Veränderlich

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-
gau. Verantwortlicher Herausgeber:
A. Graf. - Druck und Anzeigen-
annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöb-
bronner Straße 5, Tel. 37 487

Rund um die Ettlinger Fastnacht



In der neuen Ettlinger Amstracht
erschien Bürgermeister-Stellvertreter Herm.
Geisert beim Fastnachtsabend der „Dick-
häuter“, um dem Prinzen Karneval für diese
narrierte Zeit die Symbole des Stadtreiments
zu übergeben. In der Mitte die Ettlinger
Fastnachtsprinzessin.
Leica-Foto: K. Fr. Schade

Kartenvorverkauf zum „Freundschafts“-
Maskenball am Samstag

Ist außer bei den Friseurgeschäften A. Bell,
H. Ehrle und Gg. Jäger auch am Freitagabend
von 20 bis 21 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“.
Sorgt alle für Karten im Vorverkauf!

Liedertafel ETTINGEN

Die aktiven und passiven Mitglieder sowie
Freunde und Gönner versäumen es nicht, sich
rechtzeitig Eintrittskarten zu sichern, und
zwar für Mitglieder bei Zigarrenhaus Stöhr-
rer und Druckerei Graf und für Nichtmitglie-
der bei Markusch, Rees und Suppinger; denn
nur wenige Tage trennen uns von dem gro-
ßen Kostümball der „Liedertafel“ am Son-
ntag, 24. Febr., 19.11 Uhr. Das Motto „Sänger-
streit im Revuepalast“ bringt eine Fülle von
Überraschungen und Darbietungen in den
festlich geschmückten Räumen der Festhalle.
Der „gute Heinrich“ ist darauf bedacht, in
Speise und Trank nur das Allerbeste zu bie-
ten. 2 Tanzkapellen sorgen bis zum Morgen-
krähen für Stimmung und Tanz. Darum gilt
das Lösungswort:

„Auf, ihr frohgestimmten Menschen all,
Kommt am Sonntag zum Liedertafelball!
Laßt Sorgen und Griesgram ganz zu Haus;
Macht ja allem Kummer den Garaus.“

Aus den Albgau-Gemeinden
Schlüttenbach

Schlüttenbach. Am Freitag, 22. Febr., 19.30
Uhr spricht im Schulsaal Reg.Rat Weckesser
über Erbschaftsrecht im Rahmen der Veran-
staltungen des Volksbildungswerks. Dieses
Thema dürfte besonders bei der ländlichen
Bevölkerung großem Interesse begegnen. Die
Einwohnerschaft ist zu dem Vortragabend
recht freundlich eingeladen.

Frau Franziska Blödt Wwe., Hauptstr. 3,
feiert heute, 21. Febr., die Vollendung ihres
78. Lebensjahres. Die Jubilarin erfreut sich in
Schlüttenbach großer Beliebtheit. Trotz ihrer
78 Jahre ist sie noch außerordentlich rüstig.
Wir gratulieren. W. B.

Döltersbad meldet

Völkersbach. Am Dienstag, 19. Febr., ver-
unglückte Heinrich Ochs, Pfflisterer, im Stein-
bruch bei der „Ettlinger Steige“ der Fa. Köh-
ler tödlich. Er stürzte einige Meter ab, wobei
er sich so schwere Verletzungen zuzog, daß er
wenige Stunden danach im Krankenhaus in
Rüppurr verstorben ist. Der Verunglückte
vollendete am 4. Februar sein 44. Lebensjahr.
Eine junge Frau und vier Kinder im Alter
zwischen zwei und elf Jahren trauern um
ihren Gatten und Vater. Den trauernden Hin-
terbliebenen wendet sich allgemeine Teilnah-
me zu.

Dieser Tage hielt der Sportverein seine
Hauptversammlung ab. Nachdem der Tätig-
keits- und Kassenbericht bekanntgegeben und
für richtig befunden wurde, konnte der Ver-
waltung die Entlastung erteilt werden. Als
neue Verwaltungsmitglieder wurden Adal-
bert Schäfer, Stefan Geiger, Emil Ochs und
Horst Glasstetter ernannt. Im Übrigen blieb
die Verwaltung unverändert. Das Amt des
Jugendleiters übernahm Oskar Merklinger.
Alois Wipfler wurde Spielleiter, Franz Glas-
stetter und Ferdinand Fritz Beisitzer. Die un-
besetzten Posten blieben der Verwaltung
überlassen. -ch-

Arterien-Verkalkung
hoher Blutdruck, Benommenheit und
Schwindelgefühle, schreibt Herr W.
Wappert, Köln-Mehr., „qualen mich
brute nach regelmäßigen Gebrauch von
„Immer jünger“ Knoblauch-Beeren nicht
mehr, ich fühle mich wirklich jünger
und gesünder!“ - Schützen sich Sie
sich rechtzeitig vor den Gefahren
des Alters durch die
geschmack- und geruchsfreien
„Immer jünger“
Knoblauch-Beeren
In der grünen Packung

Winter-Olympiade

Deutschlands erstes Unentschieden

Das Eishockeyspiel gegen Polen endete 4:4 Deutschland und Polen trennten sich am Mittwoch...

Das Programm für Donnerstag

Der achte Tag der Olympischen Winterspiele beginnt mit dem 1. und 2. Lauf der Viererbob-Rennen...

Goldmedaille für Jeanette Altwegg

Die britische Weltmeisterin Jeanette Altwegg wurde am Mittwoch in Oslo für 2700 Zuschauerin...

Ossi Reichert Zweite im Spezialschlalom

Annemarie Buchner auf dem 3. Platz - Zweite Goldene für Andrea Lawrence

Andrea Mead-Lawrence (USA) gewann beim Spezialschlalom der Damen...

Die Zeiten der ersten sechs Läufe: 1. Andrea Mead-Lawrence (USA) 67,2 Sek. (1. Lauf) - 63,4 Sek. (2. Lauf)...

41 Teilnehmerinnen stellten sich dem Starter. Die 422,5 m lange Strecke war mit 38 Toren...

Im ersten Durchgang lief Ossi Reichert die schnellste Zeit vor Celina Seghi (Italien) und Madeline Berthold (Schweiz)...

Obwohl Ossi Reichert ihre Bestzeit von 1:06,9 Minuten aus dem ersten Lauf im zweiten Durchgang auf 1:05,4 Minuten verbesserte...

Mit ihrem dritten Platz ist Annemarie Buchner-Fischer nach Hjalmar Andersen die erste...

Sportlerin in Oslo, die drei Medaillen gewann. Sie hat das Pech, daß in Oslo zum ersten Mal keine alpine Kombination...

In den nun abgeschlossenen alpinen Skiwettkämpfen der Olympischen Winterspiele liegt Österreich an der Spitze...

Finnischer Doppelsieg im 50-km-Langlauf

Auf dem dritten Platz ein Norweger - Schwedischer „Langlaufkönig“ entthront

Einen finnischen Doppelsieg gab es im 50-km-Dauerlauf. Veikko Hakulinen gewann die Goldmedaille mit einer Zeit von 2:33,22 Stunden...

Vierter wurde Olav Oekeren (Norwegen) mit 3:38,45 Stunden, Fünfter Kalevi Mononen (Finnland) 4:20-21 Stunden...

Im Abstand von jeweils 30 Sekunden starteten 36 Läufer aus 13 Nationen. Das Rennen wurde am Fuße der riesigen Holmenkollen-Sprungschanze gestartet...

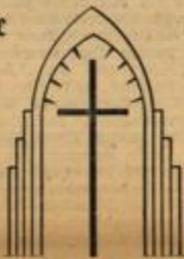
Bob „Deutschland II“ zurückgezogen

Fahrer wollen alles auf eine Karte setzen

Der Deutsche Bob- und Schlittensportverband hat sich nach den unbefriedigenden Trainingsergebnissen entschlossen...

Zur Konfirmation und Kommunion

Die festliche Kleidung



Konfirmandenkleider - Konfirmandenanzüge 19.75 28.50 33.50 48.- 58.- 85.- 108.- 125.-

Kommunionkleider - Kommunionanzüge 19.75 24.50 29.50 38.50 49.50 58.- 63.- 68.-

Große Auswahl in Stoffen für Konfirmation und Kommunion

Konfirmanden- und Kommunikanten-Unterwäsche für Knaben und Mädchen in allen Größen vorrätig

MODEHAUS

Schönfeld MARKTPLATZ

Cichon bietet an: 1950er Pfälzer Weißwein 1.35, 1951er Liebfraumilch 1.95, 1950er Rotwein 1.35, 1950er Dürk. Feuerberg 1.55, Muskateller vollsüß 1.90, Dessertwein rot, süß 1.85, Paarl Amber 3.50, Wermutwein 1.20, Tarragona 2.25, la Malaga 2.85, la Liköre, Weinbrände, Sekt in großer Auswahl, 3% Rabatt, CICHON vormals M. Nauck, Badenia-Drogerie, Ettligen, Leopoldstr. 21, Tel. 494

ZUMIETEN GESUCHT: Möbl. Zimmer für berufstät. Herrn dringend gesucht. Angeh. unter 574 an die EZ. Mietverträge sind erhältlich bei Buchdruckerei A. Graf

Für die hungernden Vögel: empfiehlt bes. preiswert Sonnenblumenkerne, Hanfsamen, Streufutter, Maisfettlinge, Kolbenhirse, Futterhäuschen, Badenia-Drogerie, Rud. Chemnitz Ettligen

Arterienverkalkung und hoher Blutdruck mit ihren quälenden Begleiterscheinungen wie Herzschwäche, Schwindelgefühl, Nervosität, Reizbarkeit, Ohrensausen, Schläfenstränge, allg. geringere Leistungsfähigkeit...

Kleinanzeigen können Sie telefonisch aufgeben Ruf 37 487

BEKANNTMACHUNGEN

NOTARIAT als Vollstreckungsgericht Ettligen, den 13. Februar 1952 Aktenzeichen V Nr. 351

Zwangsvorversteigerung: Im Zwangsversteigerungsamt des Notariats am Samstag, den 5. April 1952, vormittags 9 Uhr im Rathaus Schöllbrunn die Grundstücke der Franz Josef Kunz, Maurer in Schöllbrunn - Erben auf Genarkung Schöllbrunn.

Die Versteigerungsanordnung wurde am 13. Juli 1951 im Grundbuch vermerkt. Rechte, die zur selben Zeit noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden...

Das geringste Gebot und Versteigerungsgeld bespricht das Notariat beim Versteigerungstermin an dem Rathaus in Schöllbrunn.

Grundstücksbeschriftung: Grundbuch Schöllbrunn, Band 2, Heft 41

Table with 6 columns: Lfd. Nr. der Grundstücke im B.V. I., Gewann Straße, Lfd. Nr., Art, Größe Ar qm, Höchstgeb. Includes entries for Ackerland, Hofreite, Ackerland, Hofreite.

Die den Grundstücksbeschriften beigetzten Höchstgebote sind vom Landrat - Preisbehörde - Karlsruhe mit Bescheid vom 9. Januar 1952 festgesetzt. Gegen diesen Bescheid steht jedem ein Verfahren beim Landrat Karlsruhe anhängig.

TODES-ANZEIGE: Am 19. 2. ist unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Tante Ida Steinle geb. Hummel im Alter von 75 Jahren wohl vorbereitet sanft entschlafen. In stiller Trauer Alfred Steinle und Frau, geb. Maier Rudolf Bender u. Frau, geb. Steinle Enkelkinder und Anverwandte Ettligen, Rheinstr. 53 Beerdigung am Freitag, den 22. Februar um 14.30 Uhr

STADT.BEKANNTMACHUNGEN

Zu einer öffentlichen Gemeinderatssitzung am Freitag, den 22. Februar 1952, 19.00 Uhr im großen Rathaussaal wird höflichst eingeladen. Von 19 bis 20 Uhr ist eine Aussprache mit der Bevölkerung über die Ettlinger Jahrmärkte. Ettligen, den 19. Februar 1952 Der Bürgermeister

Probieren Sie die Albtalperle Feinst. Zigarrensortiment in der Preislage 20, 25, 30 und 40 Pfg. Zigarrenhaus DIETZ Groß- und Kleinhandel Leopoldstr. 6 - Tel. 37 675

Eine gute Illustrierte gehört in jedes Haus Buchdruckerei A. Graf Ettligen, Schöllbrunner Str. 5

Schnell gebräunt ohne Sonne Die vor dem Kriege millionenfach bewährte weiße Bitals-Creme ist jetzt wieder erhältlich. Die weiße Bitalscreme ist Hautnährcreme und Bräunungscreme zugleich Sie entwickelt auf der Haut innerhalb von 20 Minuten ohne Sonne eine Tönung, die Ihnen ein frisches, schön gebräuntes Aussehen verleiht. Die Tönung ist mit Seife oder Gesichtswasser abwaschbar, sonst jedoch wetterfest. Kaufen Sie sich eine Dose dieser vielbegehrten weißen Creme, die keinen Puder enthält völlig unschädlich ist und Ihr Gesicht verschönt und verjüngt. Hauptverkaufsstelle: Drogerie Rud. Chemnitz Ettligen Leopoldstraße

Zum frühlichen Wochabend „eine gute Flasche“ aus Pfannkuch Kellerei. 51er Oberhaardter 1.30, 50er Böhlinger Rosenkranz 1.40, 50er Rödter Rosengarten 1.60, 51er Kirchnelmer 1.40, 50er Ingelheimer 1.60. Wer probt - der lobt! Kostproben am Donnerstag, Freitag und Samstag. 51er Liebfraumilch 1.80, 51er Oberingel. 1.80, Deutscher Wermut 1.30, Ital. Muskateller 1.90, Edle Liköre 3.75. Mengenerhalt: ab 20 Flaschen 6%, ab 50 Flaschen 9%, ab 100 Fl. 12%. Flaschenpfand - Literflasche 25 Pfg. 1/2 Literflasche 10 Pfg. Solange Vorrat. PFANNKUCH 3% RABATT

Umschau in Karlsruhe

„Kleiner KPD-Prozess“ verurteilt

Rheinland-Pfalz lehnt Zuständigkeit ab
 Karlsruhe (Isw). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes befand sich unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Höpker-Aschoff, mit der Verfassungsmäßigkeit der von den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie dem Senat der Hansestadt Hamburg erlassenen Verbot der kommunistischen „Volksbefragung über die Remilitarisierung“.

Eine Anzahl von Gerichten der genannten Länder hatten in anhängigen Strafverfahren die Verfassungsmäßigkeit der Polizeiverordnung angezweifelt und gemäß Artikel 100 des Grundgesetzes eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes beantragt. Artikel 100 bestimmt, daß anhängige Verfahren bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auszusetzen sind, wenn das Gericht ein Gesetz, auf das es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig hält.

Zu Beginn der Verhandlung bezweifelte Ministerialrat Dr. Schäfer als Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes in dem vorliegenden Verfahren, da nach Artikel 100 des Grundgesetzes das Bundesverfassungsgericht nur über die Frage der Verfassungswidrigkeit von formellen Gesetzen, nicht aber von Rechtsnormen niedrigeren Ranges wie z. B. von Verordnungen entscheiden könne. Nach Ansicht von Dr. Schäfer dürften Verordnungen nur auf ihre Vereinbarkeit mit dem Gesetz, nicht aber mit der Verfassung geprüft werden. Die Prüfung der Gesetzmäßigkeit sei aber Aufgabe der Richter und nicht des Bundesverfassungsgerichtes. Der Ansicht von Ministerialrat Dr. Schäfer schlossen sich die Prozeßbevollmächtigten der an den Strafverfahren Beteiligten an, während die Vertreter der Bundesregierung, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Hansestadt Hamburg die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes bejahten.

Da das Bundesverfassungsgericht zunächst über seine Zuständigkeit beschließen muß, ist das Verfahren bis auf weiteres ausgesetzt worden.

Revision im Mordprozess Heller verworfen

Karlsruhe (Isw). Der Erste Strafsenat des Bundesgerichtshofes verwarf die Revision des Kraftfahrers Heller aus Eutingen, der im Juli 1951 vom Schwurgericht Karlsruhe wegen Mordes in Tateinheit mit besonders schwerem Raub zu lebenslangem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt worden war, als unbegründet. Heller hatte auf einer Autofahrt dem Altmetallhändler Kammerer auf der Straße bei Steinegg drei Pistolenkugeln in Kopf und Hals geschossen. Als der Überfallene noch lebte, nahm Heller einen Feldstein und schlug dem Schwerverletzten den Schädel ein. Anschließend raubte er Kammerers Brieftasche mit 350 DM.

Karlsruhe. Der Verband des Kfz-Handels und -Gewerbes Württemberg-Baden veranstaltet in Verbindung mit dem Landesverband des Kfz-Handwerks in der Zeit vom 27. bis 30. März in Karlsruhe die 3. württemberg-badische Messe gebrauchter Kraftfahrzeuge. (Isw)

Karlsruhe. Die Stadt hat für kulturelle Aufgaben auf den verschiedenen Gebieten im Haushalt einen Zuschußbetrag von 1,4 Millionen DM eingesetzt. (Isw)

Neu für Kraftfahrer!

Wann dürfen Nebellampen eingeschaltet werden?

Nach § 52 Abs. 1 StVZO kann ein Kraftfahrzeug mit ein od. zwei Nebellampen ausgestattet sein. Diese dürfen jedoch nur bei Nebel oder Schneefall und am Tage nur in Verbindung mit dem Abblendlicht, bei Dunkelheit nur in Verbindung mit dem Abblendlicht oder dem Begrenzungslicht (Standlicht) eingeschaltet werden.
 Bei starkem Nebel oder Schneefall ist am Tage Abblendlicht einzuschalten (Standlicht genügt nicht).



Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Graberg & Götz, Wiesbaden

(37. Fortsetzung)

Und Peter, wird Peter das glauben? Und Viktoria ... ?

Viktoria! Dieser eine Gedanke nahm alle anderen hinweg. War das Liebe, wenn er das Mädchen mit allen Mitteln an sich fesseln wollte? Liebe will doch nur den anderen Menschen glücklich machen. In seiner Liebe zu Viktoria lag krasser Egoismus.

Müde ließ er sich auf das Bett sinken. Seine Füße schmerzten. Ganz plötzlich kam ihm eine Erinnerung aus seiner Schulzeit. Der alte Professor, der Griechisch lehrte, der mit erhobenem Zeigefinger den Lehrsatz verkündete: „Erkenne dich selbst!“

Jetzt begriff er ihn. Er hatte sich selbst nie erkannt.

Viktoria war ein Mensch, der nie zu ihm gepaßt hätte! In ihrem Blute lebte die Freiheit und eine kraftvolle Wahrheitsliebe. Es war wie eine Erlösung, darüber nachzugrübeln. Der Gedanke, Viktoria zu verlieren, schmerzte nicht mehr so stark.

Hatte Viktoria nicht in sich das Erbteil ihrer Mutter, über die man nicht sprach, weil sie sich gegen die Begriffe der Bürgerlichkeit empört hatte. Die fortgegangen war, weil sie ein Leben in der Enge nicht hatte ertragen können.

Viktorias Mutter hatte Mut zur Ehrlichkeit gehabt.

Auch er wollte von jetzt ab den Mut zur Ehrlichkeit haben. Viktoria gehörte zu Peter! Und alle seine Intrigen hatten es nicht verhindern können, daß er sie verlor.

Endlos war die Nacht, ausgefüllt mit anklagenden Gedanken, aber auch mit Erkenntnissen.

Finanzausgleichsgesetz 1950

Mit dem Grundgesetz vereinbar - Anträge auf Nichtigkeitserklärung gescheitert

Karlsruhe (Isw). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes hat unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Dr. Höpker-Aschoff, entschieden, daß das Finanzausgleichsgesetz 1950 und die zu diesem Gesetz erlassene Erste Durchführungsverordnung mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Der Antrag der Regierung des Landes Württemberg-Baden und des Senates der Hansestadt Hamburg auf Nichtigkeitserklärung des Gesetzes und der Durchführungsverordnung sind damit gescheitert.

In einer 31 Seiten umfassenden Begründung beleuchtet das Gericht Vorgeschichte und Voraussetzung des Gesetzes. Das Gericht weist darauf hin, daß der Finanzausgleich in jedem Bundesstaat akut wird, in dem es nicht nur darauf ankommt, die Steuern zwischen dem Bund auf der einen und den Gliedstaaten auf der anderen Seite aufzuteilen (vertikaler Finanzausgleich), sondern auch einen Ausgleich unter den einzelnen Bundesländern selbst vorzunehmen (horizontaler Finanzausgleich). Für die Lage der Bundesrepublik sei bemerkenswert, daß gerade die unterschiedliche Belastung der Länder mit Kriegsgelasten mit starken Unterschieden in der Steuerkraft zusammenstieße.

In dem Urteil wird hervorgehoben, daß gegen den Gesetzgeber kein Vorwurf erhoben werden kann, weil er von den tatsächlichen Steuererträgen ausgehe, ohne die Veranlagungs- und Beitreibungspraxis der einzelnen Länder sowie ihre Ausgabenwirtschaft zu kontrollieren. Solche Kontrollen seien nach dem Grundgesetz überhaupt nicht zulässig.

Nach Ansicht des Gerichtes kann auch aus der auf Wunsch der Besatzmächte erfolgten Verwendung des Wortes „Zuschüsse“ nichts Gegenteiliges abgeleitet werden. Die Steuern, aus denen die Ausgleichsbeträge entnommen werden sollen, seien bestimmt bezeichnet.

Ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz liege nicht vor. Das Gesetz sei den Grundsätzen gefolgt, die eine vom Bundesrat eingesetzte Studienkommission sorgfältig und objektiv ausgearbeitet habe.

Abschließend stellt das Bundesverfassungsgericht fest, die Frage, bis zu welchem Intensitätsgrad in den abgesteckten Grenzen der horizontale Finanzausgleich vorgetrieben werden könne, sei ein finanzpolitisches und kein verfassungsrechtliches Problem. Sie entscheide sich daher der Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht.

Der württemberg-badische Antrag

Der Antrag der württemberg-badischen Regierung, das Finanzausgleichsgesetz für verfassungswidrig zu erklären, war dem Bundesverfassungsgericht im Herbst 1951 vorgelegt worden. Bei der Verhandlung des Antrags am 16. Januar hatte Professor Wacke (Marburg) den Antrag begründet. Professor Wacke erklärte damals, der Artikel 106, Abs. 4, des Grundgesetzes, auf den sich das Finanzausgleichsgesetz gründe, spreche lediglich von Zuschüssen, nicht aber von einem Finanzausgleich, zu dem sämtliche Steuern herangezogen werden. Nach Ansicht des Landes Württemberg-Baden dürften diese Zuschüsse nur einen subsidiären Charakter haben. Das Finanzausgleichsgesetz habe den Bund ermächtigt, auf die Finanzen der Länder einzuwirken und ihn gleichzeitig zum „300fachen Millionär“ gemacht. Es sei bezeichnend für die Auswirkung des Gesetzes, daß Württemberg-Baden, das selbst keine vollkommene Schuldenfreiheit gewähre, an Länder Zuschüsse bezahlen müsse, die die Schuldenfreiheit schon seit einiger Zeit eingeführt hätten. Solche Länder müßten sich dann auch eine Kontrolle über die Verwendung der Beträge gefallen lassen.

Scharfe Debatte um ein Flugblatt

Landtag billigte Haltung Dr. Schenkels

Stuttgart (Isw). Der Landtag beschäftigte sich vor Eintritt in die Tagesordnung mit einem Flugblatt, das vor einiger Zeit von der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vereine und Organisationen Württembergs verteilt worden war. In dem Flugblatt wurde behauptet, die christliche Gemeinschaftsschule des Landes entwickle sich immer mehr zu einer „neutralen Schule liberalistischer Prägung“. In einer außerordentlich scharf geführten Debatte wies Kultusminister Dr. Schenkel nachdrücklich den Vorwurf zurück, daß der katholische Volksteil in Nordwürttemberg bei der Besetzung von Beamten- und Lehrstellen benachteiligt werde. Das in dem Flugblatt zu dieser Frage angeführte Zahlenmaterial sei teilweise objektiv unrichtig, teilweise mißverständlich. Es könne keine Rede davon sein, betonte er, daß der christliche Grundcharakter der Schule in Frage gestellt sei. Das Kultusministerium halte sich gewissenhaft an die Bestimmungen der Verfassung und an die Vorschrift, daß die Parität bei der Konfessionszugehörigkeit der Lehrer nach Möglichkeit zu wahren sei.

In der Aussprache gab der CDU-Fraktionsvorsitzende Wiedemeyer eine Erklärung ab, in der er seine Verwunderung über die Ausführungen des Kultusministers ausdrückte. Die Erklärung Dr. Schenkels könne nur im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Wahlkampf verstanden werden. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Möller, wandte sich scharf gegen den Vorwurf der CDU, daß Dr. Schenkel mit seiner Erklärung Wahlpropaganda habe treiben wollen. An Hand von Zahlen wies Möller nach, daß die Parität zwischen katholischen und protestantischen Beamten in allen Abteilungen des Kultusministeriums gewahrt sei. Die CDU, so unterstrich Möller, wolle mit ihren Argumenten nur ein Vorgefühl für die Konfessionsschule liefern. Der DVP-Abgeordnete Wild und der DG/BHE-Abgeordnete Hau (Eßlingen) legten ein Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule ab. Der DVP-Fraktionsvorsitzende Dr. Haußmann billigte die Erklärung des Kultusministers, da ein Schweigen zu den Vorwürfen mißdeutend worden wäre. Als der CDU-Abgeordnete Dr. Werber den „unwürdigen“ Verlauf der Debatte bedauerte, unterbrach ihn Landtagspräsident Keil und stellte fest, daß die Aussprache wohl einen lebhaften, aber keineswegs einen unwürdigen Charakter getragen habe. Mit 60 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und 32 Stimmenthaltungen (CDU) billigte das Haus schließlich in namentlicher Abstimmung einen Antrag der beiden Koalitionsparteien, in dem die Erklärung des Kultusministers und sein Bekenntnis zur christlichen Gemeinschaftsschule gebilligt wird.

Dr. Frank kritisiert Stöck

Finanzminister Frank (DVP) nahm zu einem Bericht der Pressestelle des Bauernverbandes Württemberg-Baden über eine Rede des Vorsitzenden des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses im Landtag, Stöck (CDU), Stellung. Nach dem Bericht hatte Stöck in einer Versammlung in Heidelberg-Handschusheim erklärt, daß sein Antrag von einem 12,5-Millionen-kredit des Landesamtes der württemberg-badischen Landwirtschaft 1,3 Millionen zur Verfügung zu stellen, vom Finanzausschuß des Landtages abgelehnt worden sei. Dazu hatte Stöck — dem Bericht des Bauernverbandes

zufolge — bemerkt: „Es fehlt am guten Willen, die Landwirtschaft kann sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen“.

Finanzminister Dr. Frank betonte, das Landesamtsamt könne nur Mittel freigeben, die unmittelbar der Arbeitsbeschaffung dienen. Es werde alles getan, um der Landwirtschaft zu helfen. Er warnte davor, vor der Wahl die politische Atmosphäre zu vergiften. Abgeordneter Heinrich Stöck erwiderte, daß er bei seinen Forderungen für die Landwirtschaft nie unbescheiden gewesen sei. Er verlange lediglich, daß die Landwirtschaft im gleichen Maße wie die anderen Wirtschaftsgruppen berücksichtigt werde.

Das Plenum billigte schließlich in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit einen von Abgeordneten der DVP und der SPD eingebrachten Antrag, in dem die Erklärung des Finanzministers begrüßt wird.

Der Landtag brach anschließend nach eintündigen Beratungen die Sitzung ab, ohne in die Tagesordnung eingetreten zu sein. Es ist dies das erste Mal, daß der württemberg-badische Landtag in einer Sitzung nur Gegenstände behandelte, die nicht auf der Tagesordnung standen.

Aus der badischen Heimat

9,2 Millionen DM mehr als vorgesehen

Mannheim (Isw). Der Mannheimer Stadtrat verabschiedete die Nachtragshaushaltpläne für die Rechnungsjahre 1950 und 1951, die die Stadt in die Lage versetzen, 9,2 Millionen DM mehr für dringende Aufgaben zur Verfügung zu stellen, als in den ursprünglichen Ansätzen des ordentlichen Haushalts vorgesehen war. Die Neuverteilung wurde dadurch möglich, daß das Defizit in den Etats für 1950 und 1951 ausgleichend und darüber hinaus durch Mehreinnahmen und Verminderung der vorgesehenen Ausgaben 5,5 Millionen DM freigemacht werden konnten. Die Mehreinnahmen stammen vor allem aus zusätzlichen Steuereinkünften.

Entwischene Schwerverbrecher gefaßt

Weinheim/Bergstraße (Isw). Der Aufmerksamkeit einer Weinheimer Geschäftsfrau ist es zu verdanken, daß zwei Schwerverbrecher, die am 13. Februar aus dem Arbeitslager Senne bei Paderborn, wo sie sich in Sicherheitsverwahrung befunden hatten, ausgebrochen waren, von der Polizei wieder festgenommen werden konnten. Die Frau hatte bei einem Verkehrsunfall beobachtet, wie ein Personenwagen einen Radfahrer anfuhr, der Fahrer des Wagens sich jedoch nicht um den Verletzten kümmerte und davonraste. Sie notierte sich die Nummer des Autos und verständigte die Polizei, der es schließlich in Zusammenarbeit mit der US-Polizei gelang, den Wagen sicherzustellen und die Insassen, die beiden Ausbrecher, zu verhaften.

Abstimmung über Mißtrauensantrag

Landtagssitzung am 22. Februar

Freiburg (Isw). Über den Mißtrauensantrag, den die SPD in der letzten Landtagssitzung am 12. Februar gegen Staatspräsident Wohleb und Wirtschaftsminister Dr. Lais wegen angeblichen Steuerhinterziehungsversuchs zugunsten der Altbaudenpropaganda gestellt hatte, wird am Donnerstag, dem 22. Februar, in einer außerordentlichen Landtagssitzung beraten und abgestimmt werden. Während sich die CDU gegen die Behandlung dieser Angelegenheit noch vor den Wahlen aussprach und zunächst die Verschiebung der ursprünglich für den 21. Februar vorgesehenen Landtagssitzung erreichen konnte, haben die SPD und die FDP durch die Unterschrift von mehr als fünfzehn Abgeordneten die Einberufung einer außerordentlichen Landtagssitzung vor dem 9. März erzwungen.

hatten, war undurchdringlich. Das gebleichte Haar hing ihr in schlecht gebrannten Locken um die Stirn.

„Warum verschwiegen Sie Ihre Bekanntschaft mit dem Artisten Orlando, als Sie vernommen wurden? Es ist Ihnen bekannt, daß man alles aussagen muß, was zur Aufklärung dienen kann“, sagte Riedler scharf. Die Barfrau rückte ihren kleinen Hut zurecht. Ihre roten Lacknägel glänzten. „Ich habe nichts zu verheimlichen“, entgegnete sie.

„Na schön“, meinte Riedler und rückte mit seinem Stuhl etwas von dem Schreibtisch ab. „freut mich, wenn Sie mir gegenüber zugänglicher sein wollen. Sie waren es also, die den Thiele zu seinen Erpressungen veranlaßt hat. Hoffen Sie, daß Thiele Ihnen einen Anteil abgeben würde?“

Ein unbestimmtes Lächeln spielte um Alettes Mund. „Von Erpressungen weiß ich nichts. Aber manchmal muß man sich etwas vom Herzen reden. Da ist es g'ich, wer zuhört.“

„Richtig, Fräulein Edzard. In einer solchen Stimmung haben Sie also Thiele die Sache von Neapel erzählt. Wann war das?“

Alette setzte sich. Müde ließ sie die mit billigen Ringen geschmückten Hände im Schoß ruhen. „Es war nach der Eröffnungsvorstellung des Zirkus Straßbeck. Da hatte ich Peter Brest wiedergesehen. Erst in der Manege und dann noch zusammen mit Thomas Holten und einem jungen Mädchen.“

„Begrüßten Sie die beiden Herren? Sie kannten sie doch.“

Ein bitterer Spott zuckte um den Mund der Edzard. „Nein, ich begrüßte sie nicht. Ich ging mit Thiele zusammen nach Hause.“

„Was für Beziehungen bestanden zwischen Ihnen und Herrn Brest in Neapel?“

Die Augen der Barfrau öffneten sich weit. Sie preßte die Finger ineinander Hart und rauh war ihre Stimme. „Beziehungen haben nie zwischen mir und Peter Brest bestanden. Ich —“ sie hob die Schultern hoch, „ich war eben in ihn verschossen — wenn Sie es durch aus wissen wollen.“

(Fortsetzung folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Die einarmige Heilige von Hochhausen am Neckar

Eine Legende um die fromme Notburga — Badens vermutlich ältestes Grabmal

Viele Kirchen unseres Landes, die einst Grabstätten von Fürsten- und Rittern nachgelehrt waren, bergen in ihren Mauern steinerne Erinnerungen an ihre damaligen Patrone. Senkrecht in die Wände eingelassene Platten oder kunstvoll gehauene Sarkophage kündigen von jener fernen Zeit, die oft nur noch in Sagen oder verblichener Chroniken erhalten blieb. Manche dieser Gräber zeigen plastische Darstellungen, deren Sinn nur dann deutlich wird, wenn eine Erläuterung möglich ist.

Einer der merkwürdigsten Sarkophage, der uns erhalten blieb, steht in der Dorfkirche von Hochhausen am Neckar. Auf seiner Steinplatte ruht eine Jungfrau, deren kindlich-reiner Gesichtsausdruck von überirdischer Schönheit ist. Ihren Leib kleidet ein straffes Gewand, das in einen zierlich gefalteten Rock übergeht. Aber nicht die künstlerisch wertvolle Bildhauerarbeit allein ist es, die unseren Blick fesselt, sondern eher noch der Umstand, daß der dargestellten Jungfrau der linke Arm fehlt, indes sie in der Rechten eine Schlange hält.

Unter der von zwei Pfeilern getragenen Platte, die wahrscheinlich das älteste Grabmal Badens überhaupt ist, liegen die Gebeine der heiligen Notburga, um deren irdisches Dasein sich eine wundersame Legende rankt, die in folgenden Zeilen erzählt werden soll:

Im Jahre 630 saß der Frankenkönig Dagobert, dessen Namen auch der Bergfried bei Meersburg am Bodensee trägt, auf dem Hornberg, der späteren Burg des Götz von Berlichingen. Die Franken hatten damals nicht nur die Alemannen unterworfen, sondern sie führten gleichzeitig auch blutige Kriege gegen die slawischen Wenden, welche die in der norddeutschen Tiefebene von den abgewanderten Germanen verlassenen Gebiete besetzt hatten. Dagobert aber war eines Tages der verlustreichen Kämpfe mit den Wenden müde und so verhandelte er mit ihnen um einen Frieden. Der Wendenfürst Samo war dazu bereit, wenn König Dagobert ihm seine Tochter zur Frau geben würde.

Der Franke war es zufrieden und so kam Samo auf den Hornberg, wo er sich Hals über Kopf in die schöne Notburga verliebte. Aber das fromme Mädchen weigerte sich, das Weib eines Heiden zu werden. Samo jedoch hatte wenig Lust, sich über ein Taufbecken zu beugen. Er verschmähte das Christentum und fürchtete überdies um seine Herrschaft, falls er als getaufter Christ in seine Heimat zurückkehren würde.

Dagobert kümmerte sich wenig um die Gefühle seiner Tochter. Er wollte Frieden haben und sie sollte sich diesem Ziel zum Opfer bringen. Vergeblich weinte und betete Notburga. Der Vater ergriff sie dennoch bei der Hand und führte sie vor den Wendenfürsten. Aber Notburga blieb auch in dieser Stunde standhaft, denn sie hörte die Stimme eines Engels, der ihr aufstörte: „Fliehe!“

Notburga folgte diesem Befehl. In der folgenden Nacht verließ sie den Hornberg und irrte am Ufer des Neckars talab, bis sie erschöpft zusammenbrach. Da stand unvermittelt die Hirschkuh, die sie so oft im Wald gefüttert hatte, vor ihr. Notburga setzte sich auf ihren Rücken und das dankbare Tier trug das Mädchen durch die Fluten des Neckars und blieb am jenseitigen Hang des Flusses vor einer Höhle stehen.

In dieser Höhle ließ Notburga sich zur Nacht nieder. Als sie am anderen Morgen erwachte, stand die Hirschkuh wieder da und hielt in ihrem Maul ein Stück Brot. Dies wiederholte sich von Tag zu Tag; immer wieder brachte das treue Tier dem Mädchen Speise, die es aus der Küche der Burg Hornberg holte. Doch einmal merkte der Koch Dagoberts, wer die Reste der königlichen Tafel aus der Küche nahm. Er teilte seine Beobachtung seinem Herrn mit und dieser beschloß, die Hirschkuh zu verfolgen.

So führte das brave Tier den König vor die Höhle, in der seine Tochter Unterschlupf gefunden hatte. Vergebens aber bat er Notburga, zu ihm auf den Hornberg zurückzukehren. Schließlich wurde er zornig und wollte das Mädchen mit Gewalt aus der Höhle zerrren. Als er Notburga am Arm ergriff, löste sich dieser aus der Achsel. Notburga sank bewußtlos auf ihr Lager zurück, indes Dagobert, den Arm der Tochter tragend, entsetzt davon galoppierte.

Als Notburga wieder erwachte, kroch eine Schlange an ihrem Leib empor, die ein Krüschchen im Rachen trug. Notburga nahm das Kraut und legte es auf ihre Wunde, die sich alsogleich schloß.

Nicht lange dauerte es, bis das Wunder ihrer Heilung sich über Berge und Täler verbreitete. Von überall her kamen fromme Leute, um mit Notburga zu beten und ihren Rat in leiblichen und seelischen Nöten zu erbitten. Notburga kümmerte sich um alle, die mühselig und beladen zu ihr pilgerten. Sie wußte stets das beste Wort zur rechten Zeit, bekehrte manchen Sünder und goß das

Taufwassers der neben ihrer Höhle sprudelnden Quelle über die Häupter der bislang Ungläubigen.

Viele, viele Jahre blieb Notburga in ihrer Höhle, bis sie ihr Ende herannahen fühlte. Da sagt sie zu ihren Verehrern: „Wenn ich tot bin, dann legt meinen Leichnam auf einen Wagen, spannt zwei Stiere davor und laßt sie gehen, wohin sie wollen. Wenn die Stiere irgendwo stehen bleiben, dann legt mich dort in die Erde und baut über meinem Grab eine Kirche.“

Und so geschah es auch. Die Stiere liefen hinab ins Tal und hielten dort, wo heute die Kirche des Dorfes Hochhausen steht, in der das Grab der heiligen Notburga noch heute zu sehen ist. Nur von der Höhle, in der sie einst hauste, ist lediglich noch ein kleiner Rest vorhanden, denn Eisgänge und Hochwasser haben ihre Wände zernagt und fortgespült. Aber der Wanderer findet heute doch noch am Ufer des Neckars die sagenumspunnenen Jungfernhöhlen.

L. R.

Der Mikrofilm im Kloster

Beuroner Mönche reproduzieren „Vetus latina“

In der Erzabtei von Beuron wird gegenwärtig einer der ältesten lateinischen Bibel-Übersetzungen, die berühmte „Vetus latina“, in 600 000 einzelnen Mikrofilmaufnahmen für die Nachwelt festgehalten. Die Mönche des Klosters, das wegen seiner eigenen Verlagsanstalt und seiner weitreichenden internationalen Beziehungen bekannt ist, bedienen sich dabei der modernsten technischen Mittel. Die Vetus latina besteht aus einer Fülle von Originalaufzeichnungen, Handschriften, Notizen, Abschriften und Fotokopien alter lateinischer Chroniken und Schriftsteller aus dem 3. bis 8. Jahrhundert nach Christus, die in Jahrzehntelanger mühevoller Sammelarbeit, bei der die Mönche oft Reisen durch ganz Europa machten, auf rund 600 000 einzelne Karteikarten zusammengetragen wurden. Da die Herausgabe des Materials in Buchform Jahrzehnte dauern würde, haben sich die Mönche von Beuron auf eine amerikanische Anregung hin entschlossen, die Unterlagen mit Hilfe einer Mikrofilm-Reproduktion schon jetzt der ganzen wissenschaftlichen Welt zur Verfügung zu stellen.

„I spring mit dir übers Feuer nom!“

Der Funkensonntag in Württemberg und Baden

Eine bedeutsame Rolle spielt im oberdeutschen Brauchtum der Funkensonntag, vielerorts die „alte Fastnacht“ genannt. Da lodern mächtige Feuer zum nächtlichen Himmel empor, glühende Scheiben sausen zu Tal in Einzelheiten wechselt die Form des Brauches von Ort zu Ort. Der Sinn aber ist überall derselbe: man bannt die Dämonen des Winters durch das Feuer; man verhilft dem Leuz zum Sieg. Von Tirol bis nach Frankreich hinein kennt man den Funkensonntag. Im Schwabenland und in Baden sind die Bräuche besonders mannigfaltig.

Zunächst gilt es, das Holz zum Feuer zu sammeln. In Oberschwaben und auf der Alb sieht die männliche Jugend schon am Vortag durchs Dorf. Mit folgendem Spruch bittet man um Holz:

Holz raus!
Scheller raus!
Noo bleib uf's Haus,
d's ganz Jahr
verschont von Fuats'fahr.
Tut ihr kot Scheit raus,
schlage mir a Loch ins Haus.
Holz raus!
Scheller raus!

In jedem Haus bekommen die Burschen ihre Gabe. Die Hausfrau, welche die Sammler abweist, gilt als Hexe. Mit dem Fastnachtsfunken wird auch eine mächtige alte Hexe verbrannt. Auf der höchstgelegenen Anhöhe beim Dorf wird das Holz aufgeschichtet. Den Aekern weilt man das Feuer Fruchtbarkeit bringen: den Samen will man wecken. Deshalb wird gesungen:

Sama, Sama, reg del
Aberscholl beseg del
Gras pfurz raus!
D'r Wenter, der geht aus!

Auch den Menschen soll der Funkensonntag Glück bringen: durch das Scheibenschlagen. In Oberschwaben lautet ein alter Scheibenspruch:

M'r went som Fonka d'Fackel traga,
m'r wölle so a Scheib schlaga!
Scheib' aus! Scheib' ei!
Scheib' über da Raf!
Die Scheib', die soll dem Schätzle sei!
Scherbi! Scherbi!

Dem Bürgermeister, dem Lehrer, dem Pfarrer, den Gemeinderäten, zumal aber der Herz-

allerliebsten werden die Scheiben geschlagen. Der Bursche fordert sein Mädchen auf, mit ihm übers Feuer zu springen. Dies bringt dem jungen Paar Glück.

Am Bodensee, in der Baar, im Hotzenwald, im Markgräflerland und in der Ortenau, im ganzen badischen Oberland wird am Funkensonntag das Scheibenschlagen geübt, während im badischen Unterland mancherorts noch das Feuerrad zu Tal rollt. In der Baar sammeln die Burschen Holz und Stroh zum Fastnachtsfunken. In Göchweiler bei Löfflingen ruft man dabei:

Strauh, Strauh, Strauh!
Fasnetkleebl' au!
Di alte Wiber demit,
No gitt konn Stritt!

Am großen Funken entzündet die Buben ihre Fackeln aus Kienspanholz. Sie schwingen sie im Kreise. Ist der Funken niedergebrannt — welch herrliches Bild, wenn auf allen Höhen ringsum die Feuer lodern — so wird der englische Gruß gebetet und danach ein religiöses Lied gesungen. Nach altem Glauben bedeutet ein ruhiges Feuer ein gutes Jahr, ein flackerndes Feuer ein Gewitterjahr.

Das Scheibenschlagen nimmt einen ähnlichen Verlauf wie im Schwäbischen. Im Hotzenwald rufen die Scheibebuben:

Schibi, Schabi!
Wem soll die Schöbe geh?
Die Schöbe soll im Bürgermeister geh!
Goh! si u, so gitt sie u!

Im Hotzenwald:

D' Schöbe flüet über de Raf ab!
D' Chüschpflanne hüt a Bai ab!
De Ankehele hüt de Bode us!
Und jetzt lücht d' alt Fasnet us!

Im Schuttertal wird am Funkensonntag ein hohes Kreuz errichtet; dessen Balken werden mit Stroh umwickelt. Das Kreuz wird entzündet, sobald die Aveglodee blüet. An einem kleineren Feuer entzündet man die Scheiben. Im Odenwald beginnen die Buben schon nach Neujahr mit dem Sammeln des Strohs fürs „Fasnetrad“. Zur Zeit der Abenddämmerung bringen kräftige Burschen das Rad auf den Berg. Fackeln werden entzündet, das brennende Rad aber rollt zu Tal. Wie die Funken und die Scheiben, so bringt das Feuerrad den Wildern Fruchtbarkeit. Das Brauchtum am Funkensonntag zeugt von der Naturverbundenheit unseres Volkes.

Vogellieder zur Winterzeit

Schmale Zeiten für unsere gefiederten Sänger — Wir belauschen sie in Wald und Feld

Die Landschaft schien in Silber getaucht. Über Felder und Wiesen breitete sich eine glitzernde Decke. Blüme und Sträucher prangten im Raureif. Da lockte es mich hinauf in den Wald. Die Höhle, die ich hinanstieg, war zwischen steilen Lösswänden eingeschnitten. Tiefe Stille lag über dem winterlichen Land.

Da vernahm mein Ohr ein vertrautes Vogellied. Das mußte ein Rotkehlchen sein. Es war gar nicht schwer, den Sänger zu entdecken. Auf der Zweigspitze eines Pfaffenhutstrauches saß er, etwas aufgeplustert. Sein Kehlkorn zitterte leise. Scheinbar verträumt sang das Tierchen vor sich hin, aber mit seinen runden, glänzenden Augen hat es mich doch wahrgenommen. Es hielt inne, flog ab ließ sich in kurzer Entfernung auf der Spitze einer Kiefer nieder und sang wieder seine wehmütvolle Melodie in den Wintertag hinein. Obwohl oft nur ein kärglicher Tisch für das tierliche Geschöpf gedeckt ist, bleibt es den ganzen Winter über bei uns. Viele seiner Artgenossen wollen längst im wärmeren Süden.

Als ich die Höhe erreicht hatte, lag Sonnenschein über dem Land. Zwischen den welken Stengeln eines alten Maisfeldes stolzierten Saatkrähnen auf der Suche nach ausgefallenem Weidkorn. Mit lautem Flügel-schlag gelsterten sie in niederem Flug über den Acker hin. Sie hieben futternähsich mit den Schnäbeln gegeneinander und begehrten zänkisch krächzend auf, wenn sie einander zu nahe kamen. Von meinem Kommen aufgeschreckt, erhob sich der ganze Schwarm wie auf einen Schlag und strich ab dem nahen Walde zu.

Ein liebliches Gerwitscher ließ mich aufhorchen. In der Krone eines Apfelbaumes zwitscherte ein Stieglitz seine bescheidene Strophe. Er war in dem kahlen Baume leicht zu erkennen. Die gelben Spiegel seiner Flügel und das leuchtende Rot seines Köpfchens schimmerten im Sonnenlicht. Seinen Schnabel hielt er schräg nach oben, wenn er sein „stigelitt, stigelitt, stigelitt“ erklingen ließ. Ein Finkenschwarm flog über mir hinweg und ließ sich auf den Distelköpfen nieder, die dort am Wegrand auf dünnen Stengeln standen. Es war ein farbiges Bild, wie sich die buntgefiederten Kerlchen an die Stauden hängten. Munter turnten sie auf und ab. Mit den Schnäbeln zogen sie die Samenköpfe herunter und pöckten darauf los, bis sie die letzten Kerne herausgeklaubt hatten.

Nun nahm mich der Wald auf. Über dem Waldpfad reckten sich die breiten Äste hochragender Buchen. Dunkle Tannen standen zwischen den silbrigen Stämmen der Laubbäume. Krähen baumten auf und krächzten heiser, ehe sie wieder mit lautem Flügel-

schlag abflogen. Ein Reh trat auf die Schneise, die meinen Weg kreuzte. Es wandte seinen Kopf mir zu, lugte vorsichtig, um dann mit langen Sätzen zwischen den Stämmen zu verschwinden. Da vernahm ich von der Tanne, neben der ich stehen geblieben war, ein felnes Klirren. Ein winziges Vögelchen kletterte und hüpfte durch das Gestrüch. Es war dauernd in Bewegung, turnte um die Zweige rundum, pickte, äugte, ließ darzwischen immer wieder sein Liedchen hören, zart und dünn, wie wenn fein geschliffenes Glas erklingt. Es war ein Wintergoldhähnchen, ein Vögelchen so zierlich, daß es den meisten Menschen nie zu Gesicht kommt. Nur 10 Gramm beträgt das Gewicht dieses kleinen Vogels, der den Meisen verwandt ist.

Klang es da nicht von dem Reisighaufen, der dort am Wegrand liegen geblieben war, wie das Frühlingslied eines Waldsängers? Hörte es sich nicht an wie die Strophe eines Kanarienvogels? Wie eine Maus huschte etwas über den Boden hin. Es flog auf, fiel wie ein Federbällchen auf einen schwankenden Zweig, wippte, stellte sein Schwänzchen senkrecht auf, äugte, wippte wieder und war verschwunden, als hätte es der Boden verschluckt. Doch nein, eben schmetterte es sein Liedchen wieder in den Winterwald. Dort thronte es auf dem Reisighaufen. Bis ich richtig schaute, ist es zwischen dem Astgewirr verschwunden wie eine Maus im Loch. Das war unser Zaunkönig. In der Meinung des Volkes gilt er als der kleinste unserer Vögel. In Wahrheit ist er etwas größer als das Goldhähnchen.

Als ich so weiterschrift durch den Wald, gaben mir Schwärme von Meisen das Geleite. Von Krone zu Krone huschten sie. Kohlmeisen, Nonnenmeisen, Bläuelmeisen und Schwanzmeisen waren in fröhlicher Geselligkeit vereint. Ihr Lockruf war wohl kein Gesang, aber es klang durch den winterlichen Wald wie das Lären kleiner Glöckchen. Hatte sich ein Kiebler der munteren Schar zugesellt, so konnte ich auch ein melodisch Lied vernehmen.

Nun fiel der Weg steil ab, zog sich am Waldrand hin bis zu den ersten Häusern. Die angrenzenden Äcker waren mit Johannisbeersträuchern angepflanzt. Und hier führte mir ein Schwarm bunter Vögel sein farbenprächtiges Gefieder vor und ließ mich seinen Gesang hören. An den Knospen der Sträucher nachten Dompfaffen, rotbüchige Männchen und graubrustige Weibchen. Mit ihren breiten Schnäbeln schälten sie die zarten Knospenblätter heraus, die klebrigen Hüllblätter ließen sie zu Boden fallen. Bei aller Geschäftigkeit vergaßen sie das Singen nicht. Es ist ein liebliches Bild, wenn auf einem Obstbaum ein Gimpelpärchen trauliche Zwiesprache hält.

Georg Hupp

Wieder Goldwäscherei auf dem Rhein?

Ein fast vergessenes Gewerbe taucht wieder auf — Vielleicht lohnt es sich

Neuerdings ist verschiedentlich von Fachleuten geäußert worden, daß sich die Neueinrichtung der Goldwäscherei im Rhein durchaus lohnen würde, wenn man sich entschließen könnte, dabei mit modernen maschinellen Aufbereitungsmethoden zu arbeiten. Kenner behaupten, daß diese Feststellungen keineswegs überraschend kämen — daß nur die breite Öffentlichkeit von der Goldgewinnung aus dem Bett des Rheinstromes keine Ahnung hätte. Die Ausbeute, die sich mit einer modernen Anlage an einer einzigen Stelle erzielen ließe, soll bei drei Gramm reinen Goldes als Tagesdurchschnitt liegen. Das würde nach den heutigen Währungsverhältnissen einem Tagesreinerdienst von 16 DM entsprechen. Das wiederum soll ausreichen, um einen nach rationalen Wirtschaftsmethoden arbeitenden Wäschereibetrieb durchaus rentabel zu gestalten.

Während tagtäglich der Zolldienst an der Schweizer Grenze darüber wacht, daß von Menschenhand nichts unverzollt nach Deutschland heringebracht wird, was dem Staat nicht paßt, betätigt sich Vater Rhein ungehindert als Goldschmuggler. Ehe die Wasser der Großen und Kleinen Emme aus dem Dunkel der Schweizer Alpen nördlich des Brienzer See springen, stehen sie dem Nagelfluhgestein seine feinen Goldplättchen und bringen sie, in Sand und Kies verpackt, auf schnellstem Weg in die Aar, und die schmuggeln sie in den Rhein. Wo der Strom in der großen Ebene müde wird, schüttelt er das Geschiebe mitsamt dem heimlich verborgenen Gold ab, ins Bett unter sich oder an den Uferand.

Bis zur Einstellung der Goldwäscherei auf dem Rhein um das Jahr 1870 herum, waren nur primitive Geräte im Gebrauch. Mit Schüsseln oder Mulden wurde der Sand aus dem Fluß gehoben und dann durchgeseiht. Bessere Ausbeutungsergebnisse wurden mit hölzernen Rinnen erzielt, die eine raue Oberfläche hatten, an der die Goldbestandteile beim Hindurchgleiten besser sichtbar wurden als beim Sieben. Klumpen waren es keine, nur rundliche Flitterchen von einem Zehntel-millimeter Durchmesser und einem Hundertstel-millimeter Dicke sowie einem Gewicht, daß reichlich 20 000 auf ein Gramm gehen, die der Goldwäscher sammelte. Lieferte doch eine Tonne Rheinsand höchstens 0,12 bis 0,14 Gramm Gold. Und doch wurden auf der gesamten badischen Rheinlänge in den Jahren zwischen 1800 und 1870 ungefähr sechs Zentner Gold gewaschen. Die Pfalz brachte es auf höchstens zehn Pfund jährlich. Ein Goldwäscher verdiente im Tag ungefähr ein-einhalb Gulden (etwa 2,50 DM). Zuerst wurden die Goldflitter am Niederrhein entdeckt, erst später wurde man auf sie am Oberrhein aufmerksam, dessen stärkere Strömung der Wäschereiarbeit jedoch zu große Schwierigkeiten entgegensezte, so daß man es bald wieder aufgab. Die Geräte des letzten Speyerer Goldwäschers bewahrt das „Historische Museum“ in Speyer auf.

Neue Versuche haben bereits gezeigt, daß bei heißer Wäsche und unter Anwendung moderner Mittel die Goldwäscherei durchaus lohnend sein könnte.

-lks-